

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 208 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 5/2012 VOM 1. MAI 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Träume brauchen Freiräume**
Ein Schaufenster in die Zukunft

5 | **Bericht zur »Spendenaffäre« ließ vieles offen**
Diskussion hielt sich in Grenzen

6 | **Widerspruch gegen HOKAWÉ-Kauf eingereicht**
Noch nicht in »trockenen Tüchern«



Nur von Mobilisierung der linken Kräfte zu reden, ist zu wenig. Man möchte dafür, was man zu sagen hat, auch ein Konzept haben. Das muß die Leute ansprechen, nicht abstoßen. Um eine linke Partei sein zu wollen, dazu noch eine Massenpartei, sollte man sich schon bemühen, es auch nach außen zu zeigen.

Davon war in Vorbereitung des 1. Mai in Eberswalde wenig zu spüren. Die vom Redakteur dieser Zeitung hochgeschraubte Erwartung (BBP 4/2012), daß die Stadtleitung der Linken auf das Angebot einer demonstrativen Maikundgebung unter Einbeziehung weiterer progressiver linker Kräfte neben der Veranstaltung in Bernau eingehen würde, erwies sich als Illusion. Ausgebootet wie bei einem Putsch wurden klassenbewußte, gestandene Vorstandsmitglieder von einer Clique unverantwortlicher Opportunisten, die sich die Unerfahrenheit einiger junger Mitglieder zunutze machten.

Aber sie haben die Rechnung »ohne den Wirt« gemacht. Schnell fanden sich klassenverbundene Kräfte, die sich der Sache eigenverantwortlich annahmen. Unabhängig von Partei- und Gewerkschaftsbürokraten, die nur auf die Erhaltung ihrer Geldpründe bedacht sind und unter Verwendung der Mitgliederbeiträge große Aufzüge (Theatervorstellungen) ohne wirksamen Effekt veranstalten, gingen die alten Hasen ans Werk und organisierten eine Maifeier ohne Pomp auf dem Marktplatz in Eberswalde.

Die um ihre Arbeitsbedingungen kämpfenden Mitarbeiter der Gesundheitseinrichtungen (GLG), die herausgeworfenen Walzwerker und Schleckermitarbeiter, die um ihre Arbeitsplätze bangenden Arbeiter der Solarbranche, die von der Forstreform betroffenen Waldarbeiter, die vielen unterbezahlten Leiharbeiter, die unter niedrigstem Niveau eingestuft sind und Langzeitarbeitslosen und viele andere Betroffene mehr, sollen sich der Solidarität bewußt sein und wissen, daß es Kräfte gibt, die sich für sie verwenden.

Es soll bei der Demonstration aber auch auf die unsoziale, durch kriegerische Einsätze der Bundeswehr noch verstärkte, Politik der jetzigen Bundesregierung aufmerksam gemacht werden. Es soll gezeigt werden: »...dieser Kapitalismus ist das häßliche Gesicht einer Marktwirtschaft, die das Interesse Einzelner über das der Gesellschaft stellt. Er ist der Krieg der Starken gegen die Schwachen, des Geldes gegen die Leistung und der gesamten Ökonomie gegen die Grundlagen des Lebens!« (B. Rürup)

Es soll aber auch gerühmt werden, die durch wissenschaftliche Leistungen einiger Professoren und Mitarbeiter an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) begründete Stellungnahme gegen den Kauf des HOKAWÉ. Dieser Deal dient weder dem Nutzen der Stadt noch des Kreises, weil er einer Nachhaltigkeit zuwider läuft und Schaden für den Steuerzahler und vor allem die Natur verursacht.

Unsere Stadt Eberswalde und das Umland brauchen sachkundige Köpfe, die nicht den Profit in den Vordergrund stellen, sondern sozial handelnd, naturschonend, Sicherheit im öffentlichen Raum stiftend, friedens- und bildungsfördernd nach vorn schauen.

Das zu demonstrieren sollte man den 1. Mai nutzen und nicht auslassen.

Wir treffen uns am Maifeiertag um 11 Uhr auf dem Marktplatz in Eberswalde und erheben unsere Forderungen und Wünsche mit dem nötigen Nachdruck, musikalisch umrahmt und nicht ganz ohne Gastronomie.

AKTIONSBÜNDNIS LINKS

(DKP Gruppe Oberbarnim, »RoTFuchs«-Regionalgruppe Eberswalde, DIE LINKE.Opposition im Finowtal, Gruppe Arbeitermacht, KPD u.a.)



Widerstand ist nötig

Verraten und gekauft

Der Kreistag hat über den Kauf des insolventen HOKAWÉ entschieden. Das Ergebnis der Abstimmung: 27 dafür, 25 dagegen. Ein denkbar knappes Ergebnis, das förmlich zu Spekulationen darüber einlädt, wie es hätte sein können, wenn...

Sofort fällt ins Auge, daß die FDP nur mit einem von vier Abgeordneten an der Sitzung teilnahm. Dieser eine, Dr. Heiner Loos, erklärte, daß die ganze Fraktion übereinstimmend den Kauf des HOKAWÉ ablehnt. Aber es war eben nur einer anwesend, also gab es auch nur eine Neinstimme. Von Barbara Ehm wußte man schon länger, daß sie am Sitzungstag im Urlaub wäre, wo aber waren die anderen beiden, mit deren Stimmen die Landratsvorlage durchgefallen wäre? Wo auch immer sie waren, sie haben ihre Partei verraten, die in der Presse getönt hatte, gegen den Erwerb des HOKAWÉ zu sein.

Gezielt am Sitzungstag hatte FDP-Bürgermeister Boginski in der MOZ den Erwerb des HOKAWÉ und die damit verbundene Gründung der neuen Barnimer Energiegesellschaft befürwortet. Das legt den Schluß nahe, daß Ingo Postler, zugleich FDP-Stadtverordneter, deshalb lieber nicht gegen den Erwerb stimmen wollte.

Auch die Fraktion Grüne/Bündnis für ein demokratisches Eberswalde hatte es in der Hand, in der vielleicht wichtigsten Entscheidung des Kreistages in dieser Legislaturperiode das Blatt zu wenden. Das Unheil zeichnete sich aber schon im Vorfeld mit einer Presseerklärung ab, laut der die Mehrheit der Fraktion für die Vorlage stimmen würde.

Aber die Presseerklärung wurde nur von zwei Fraktionsmitgliedern, Ute Krakau und Karen Oehler, getragen, die beiden anderen kannten diese Presseerklärung gar nicht. Schon in den Debatten innerhalb der Fraktion waren unterschiedliche Meinungen aufeinander geprallt. In der Unterstützung der Landratsvorlage durch die Grünen sahen Albrecht Triller und Heinz-Joachim Bona einen Verrat grüner Politik. Die Brisanz der Situation äußerte sich auch darin, daß drei der vier Fraktionsmitglieder in der Kreistagsdebatte das Wort ergriffen. Am Ende der emotionalen Debatte stimmten Krakau und Oehler für die Vorlage. Wenn sie sich wenigstens zu einer Enthaltung durchgerungen hätten.... Auch 25 Ja- zu 25 Neinstimmen hätten den Antrag des Landrates scheitern lassen.

Da hatten die kleinen Fraktionen einmal eine Chance, als Zünglein an der Waage über eine sehr bedeutsame Angelegenheit zu entscheiden, aber sie haben sich selbst verraten und das HOKAWÉ gekauft.

ALBRECHT TRILLER

Sommer in der Mühle 2012

Am 1. Mai beginnt der »Sommer in der Mühle 2012« mit der Ausstellung von Peter Schirmer »Erlebnis Finowkanal«. Er ist in Finow geboren worden, erlebte die letzten Kriegstage mit, lernte und arbeitete im Kranbau Eberswalde und nach der Wende im Zoo. Der 71-jährige hat viele Erinnerungen an Erlebnisse am Kanal und nirgends hat er so viele Bilder und Skizzen angefertigt wie am Finowkanal.

Kommen Sie und schauen sie sich mit ihm den schönen Kanal in allen Jahreszeiten an.

Der Sommer in der Mühle 2012 wird wieder sehr interessant: 5 Ausstellungen werden umrahmt von zwei Drechselkursen und einem

Schnitzkurs, der MühleSPIELmeisterschaft am Deutschen Mühltage – Pfingstmontag, einem Workshop für Tanz und Malerei mit Rosario Rapallini und Fine Kwiatkowski, zwei Konzerten mit der Mühlenband »Black Aces« und den Oederdammis, einer Theateraufführung des Theaters Akzent, der Performance der Berliner Künstlergruppe RHIZOM, der Versteigerung im Oktober und zum Abschluss wie immer der Weihnachtskunstmarkt am 2. Advent. Der Mühlenplan liegt in vielen Geschäften im Stadtzentrum und in der Touristinformation aus. Mehr Infos unter www.diemuehle.de.

VERONIKA BRODMANN

Freiraum-Veranstaltungen im Mai

- Mo 30.04. 18:00 Freiraumeröffnung mit Kunstausstellung, Buffett und mitgebrachtem Champagner
- Di 01.05. noch keine Veranstaltung geplant
- Mi 02.05. 17:00 Schauen, Mitnehmen, Vorbeibringen: Schenkladeneröffnung 20:00 wandelBar Kino: »Terra preta«
- Do 03.05. 15:00 Greenpeace: Kinderprogramm – Buchen suchen & vegane Buchenblätterkese, ab 18:00 VoKü
- Fr 04.05. 18:00 Linksjugend solid: Film & Diskussion zu den rassistischen Übergriffen in Rostock Lichtenhagen
- Sa 05.05. 16:00 Heilkreis Infoabend, sowie Bewegung und Tanz
- So 06.05. Aktion Grüner Bahnhof mit wandelBar und Freiraum auf dem Bahnhofsvorplatz
- Mo 07.05. 16:00 Erlebnis Heilkreis
- Di 08.05. 16:00 Heilkreis, 20:00 wandelBar infoabend & Film: »In transition 1«
- Mi 09.05. 17:00 Workshop: Bau eines eigenen Synthesizers (Unkostenbeitrag 5 €)
- Do 10.05. 18:00 Linksjugend solid-Filmabend: »walz with Bashir« mit Diskussion und VoKü
- Fr 11.05. 16:00 Antipädagogik-Workshop: Kindheit. Bildung. Freiheit, 19:00 zusammen tragen: Was heißt Freiraum? für dich? Selbstverständnis & Weiterentwicklung der Bewegung
- Sa 12.05. 10:00 - 13:00 Freiwilligentag: Pflanzkübelbau und Begrünung der Eisenbahnstraße
- So 13.05. 16:00 Nachmittagstanz und Kaffeekrantz
- Mo14.05. 19:00 »KLING IM einKLANG« (Augsburg) Konzert: Genießen, Zuhören, Mitmachen, Lachen
- Di 15.05. 16:00 Stencil Workshop, 20:00 wandelBar Infoabend & Film: »Voices of Transition«
- Mi 16.05. 15:00 - 17:00 Trommelworkshop und gemeinsames Musizieren
- Do 17.05. 17:00 VoKü und Stoffwerkstatt – Aus Alt mach Neu
- Fr 18.05. 19:00 zusammen tragen: Was heißt hier Freiraum... für dich? Selbstverständnis & Weiterentwicklung der Bewegung. Danach Weltmusikabend?
- Sa 19.05. Capoeira - Tag
- So 20.05. 18:00 Vorstellung des Tauschrings Joachimsthal
- Mo 21.05. noch keine Veranstaltung geplant
- Di 22.05. 16:00 Theater aus dem Wäschekorb (Berlin) ab 3 Jahren, zeitgemäße Bearbeitung bekannter Märchen
- Mi 23.05. 20:00 Diashow: Anne berichtet aus Norwegen
- Do 24.05. 18:00 VoKü und Greenpeace-Film: »Bienensterben«
- Fr 25.05. 19:00 zusammen tragen: Was heißt hier Freiraum?
- Sa 26.05. 13:00 - 18:00 Open Space wandelBar & Freiraum
- So 27.05. 19:00 Lysikabend - selbstgemachte Lyrik und Musik verschiedener Menschen
- Mo 28.05. 16:00 Theater »Duell am Kanapee« – Die Fabulanten
- Di 29.05. Noch keine Veranstaltung geplant...
- Mi 30.05. Aktion Auktion: Freiräumung – was nun?
- Do 31.05. Offenes Ende

Anzeige

Zum 90. von Dr. Helmut Koch

Lieber Helmut, warum viele Worte machen. Das ist nicht Deine Art. Zu Deinem 90. Geburtstag nimm von uns herzliche Glückwünsche und Kampfesgrüße entgegen. Wir wünschen Dir vor allem Gesundheit und noch viele glückliche Jahre an der Seite Deiner Frau Gisela. Daß Du weiter aufmüßig und zugleich konstruktiv Deine Stimme erheben wirst, brauchen wir uns nicht wünschen. Dem sind wir uns gewiß. Bleib wie Du bist und noch lange an unserer Seite.

DIE LINKE.Basisgruppe »Georgi Dimitroff«

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 18 05 / 22 10 40 973

Träume brauchen Freiräume

Die Freiraum-Initiative setzt sich für mehr Freiräume in Eberswalde ein

Am Freitag den 13. April fand in der Eberswalder Altstadt das 8. Mitternachtsshoping statt. Dies nahmen konsumkritische Menschen der Freiraum-Initiative Eberswalde zum Anlaß, eine Alternative zur konsumorientierten Überfluß- und Wegwerfgesellschaft anzubieten.

Mit einer Kundgebung auf dem Marktplatz, die einen **Verschenkemarkt** beinhaltete, wurde die solidarische Ökonomie als realistische Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft vorgestellt. Ziel der Freiraum-Initiative ist es unter anderem, den Mehrwert an Lebensqualität zu steigern, indem die Menschen sich selbst organisieren und Alternativen zum Bestehenden schaffen. Durch die Philosophie des Schenkens beim Verschenkemarkt wird dies besonders deutlich, denn ein gebrauchter Gegenstand kann doppelt Lebensfreude produzieren, wenn er verschenkt wird. Erst freut sich der verschenkende Mensch, daß er seine Sachen los wird, zum anderen freuen sich die beschenkten Menschen, da sie etwas tolles bekommen, das sie noch gebrauchen können.

Die Aktion kam sehr gut bei den EberswalderInnen an, die sich mit großer Neugier und Interesse über das Prinzip des Schenkens informierten, viele Sachen mitnahmen und erklärten, auch eigene Gegenstände in den Schenkläden bringen zu wollen. Denn im Mai wird es einen festen Schenkladen im Freiraum geben, der täglich geöffnet hat und in dem jeden Donnerstag ab 17 Uhr Sachen entgegen genommen werden.

Diese Aktion diente auch dazu, die Idee des Freiraums Eberswalde bekannter zu machen. Im Freiraum, der am 30. April öffnete, soll im Aktionsmonat Mai genau diese Philosophie gelebt und umgesetzt werden. Die Initiative hat das Ziel, einen festen Freiraum in Eberswalde zu schaffen und zu etablieren, in dem alle Menschen willkommen sind. Hier können sie sich treffen, vernetzen, gemeinsam Projekte entwickeln und verwirklichen.

Dieses freie Kulturzentrum soll Platz für emanzipatorisch-politische wie kulturelle Veranstaltungen und Aktionen bieten. Dazu haben sich erste Gruppen gebildet und getroffen, welche mit ihren Themen auch die Vielfalt der Möglichkeiten widerspiegeln. Beispielsweise gibt es Theatergruppen, eine große Kochgruppe, eine Schenkladengruppe, MusikerInnen, BastlerInnen und politische AktivistInnen. Der Freiraum ist ein Experiment zu der Frage: »Braucht Eberswalde ein freies Kulturzentrum?«

Unter dem Motto »zusammen tragen« möchten wir mit allen EberswalderInnen den Freiraum in der Eisenbahnstr. 92 in ein »Schaufenster« verwandeln, in dem zu sehen ist, was es in Eberswalde schon gibt, was hier noch möglich ist und was möglich gemacht werden kann. Ob politisch, spirituell, künstlerisch oder gar in Kombinationen, der Freiraum wird bunt sein.

So gibt es beispielsweise auch eine Kunstausstellung mit Fotos und Bildern der Eberswalder

KünstlerInnen Günter Rinnhofer, Sven Kaminsky und Veronika Ursula Eilbacher, die den ganzen Mai über zu sehen sein wird.

Daß die Antwort auf die oben genannte Frage ein lautstarkes »Ja!« der EberswalderInnen sein könnte, deutet sich schon im Freiraum-Veranstaltungskalender an, denn dieser wurde innerhalb von nur drei Wochen so schnell gefüllt, daß die 200 qm teilweise nicht ausreichen und Veranstaltungen parallel stattfinden werden. Somit zeigt sich schon jetzt, daß mehr freie, unkommerzielle Räume in Eberswalde nötig sind, in denen Menschen die Möglichkeit bekommen all ihr Potential zu entfalten – unabhängig von finanziellen Abhängigkeiten. Das Freiraum-Projekt wird von ehrenamtlichen AktivistInnen organisiert und finanziert sich bisher nur über Spenden.

Aber nicht nur aus kultureller oder sozialer Perspektive ist der Freiraum interessant und ein wichtiger Beitrag zum gesellschaftlichen Stadtleben in Eberswalde, denn auch politisch ist es ein vielversprechendes Experiment. Freiräume generell können nämlich Wurzeln einer neuen Gesellschaft sein, um Alternativen zum kapitalistischen System zu entwickeln und diese schon jetzt zu leben. Denn wenn wir es schaffen die wichtigsten menschlichen Bedürfnisse wie Lebensmittel, Bildung, Krankenversorgung und Transport außerhalb des Kapitalismus zu organisieren, können wir einen gesellschaftlichen Wandel bewirken, der direkt aus der Gesellschaft heraus kommt und somit auch nachhaltiger, gerechter, sozialer sowie ökologischer ist. Ein Netzwerk, welches schon heute die Alternativen lebt und verbreitet, an dem alle Menschen teilhaben können und das deshalb auch dezentral organisiert ist. So daß der Wandel zusammen **mit** den Menschen geschieht und nicht **an** ihnen. Das Freiraum-Projekt ist dazu sicherlich nur ein Anfang, aber zusammen mit der wandelBar-Initiative, die die Energie- und Kulturwendebewegung in Eberswalde und dem Barnim vorantreibt, sowie weiteren Gruppen, Vereinen und AktivistInnen, können wir den Wandel schon heute beginnen.

Also, kommen Sie in den Freiraum, erleben und staunen Sie, welche Vielfalt an Projekten entstehen kann, wenn die Träume ihre Freiräume zur Entwicklung bekommen. Ein ständig aktualisierter Veranstaltungskalender und konkrete Öffnungszeiten werden vor Ort und über die Homepage (<http://www.freiraum-eberswalde.de>) einsehbar sein. Außerdem ist der Freiraum auch außerhalb der geplanten Veranstaltungen für alle täglich nachmittags geöffnet.

Die Freiraum-Initiative

»Von Arbeit leben (können)«

Da in diesem Jahr die Gewerkschaften beschlossen haben, die zentrale Veranstaltung anlässlich des 1. Mai für den Barnim in Bernau durchzuführen, wollen wir in Eberswalde ein Angebot unterbreiten, welches einerseits die Teilnahme in Bernau ermöglicht, andererseits auch den Eberswaldern die Möglichkeit gibt, sich am Internationalen Feiertag für Arbeit zu treffen, miteinander zu reden und zu streiten.

Aus diesem Grunde laden Die LINKE Eberswalde und der Arbeitslosenverband Eberswalde e.V. alle politisch Interessierten und Aktiven um 15 Uhr zu einer Diskussionsrunde in das Foyer des Paul-Wunderlich-Hauses Eberswalde, Am Markt 1 ein.

1.Mai – Tag der Arbeit. Einladung zur Gesprächsrunde »Von Arbeit leben (können)«

Als Gesprächspartner stehen u.a. die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig und Dr. Michael Luthardt sowie die Vorsitzende des ALV Eberswalde, Edeltraud Jubi, zur Verfügung. Musikalisch wird die Veranstaltung umrahmt vom »Duett An-d-ir«.

Reden und streiten Sie mit uns!

Stadtvorstand DIE LINKE Eberswalde

Keine Infostände geplant

Eberswalde (bbp). Wie der Stadtvorstand der LINKEN auf Nachfrage mitteilte, beschränken sich die geplanten Aktivitäten am Nachmittag des 1. Mai in Eberswalde ausschließlich auf die angekündigte Diskussionsrunde mit musikalischer Umrahmung. Infomaterialien seien auch nur von den beiden Veranstaltern vorgesehen – jedoch keine direkten Stände.

Im Vorfeld hatten auch andere Organisationen, die in den vergangenen Jahren zum 1. Mai regelmäßig in Eberswalde präsent waren, ihr Interesse bekundet, eine Maiveranstaltung in Eberswalde durch ihre Teilnahme und mit Infoständen zu unterstützen. Entsprechende direkte Kontakte habe es jedoch nicht gegeben, verlautete Ende April seitens der LINKEN.

Zuvor hatte bereits die Landtagsabgeordnete Margitta Mächtig – sie nimmt selbst an der Gesprächsrunde teil – aus gleichem Anlaß darauf hingewiesen, daß »die offizielle 1.-Mai-Feier des Barnim von 10 bis 15 Uhr in Bernau auf dem Markt stattfindet«.

»Gute Arbeit für Europa«

Bernau (bbp). »Gute Arbeit für Europa« ist das Motto der Hauptveranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Barnim zum Ersten Mai, die in diesem Jahr in Bernau stattfindet. Für den DGB ist der 1. Mai der »Tag der Arbeit«, an dem die Gewerkschaften für »Gerechte Löhne« und »Soziale Sicherheit« demonstrieren wollen. Unterstützung erhält der DGB von den LINKEN und der SPD, die mit Dr. Dagmar Enkelmann und Olaf Mangold auch Gastredner stellen dürfen. Hauptredner ist der DGB Regionsvorsitzende Olaf Himmel. Ein kultureller Rahmen ergänzt die Reden.

Krise der Arbeitsförderung

Eberswalde (bbp). Im Bereich der Stadt Eberswalde und dem verantwortlichen Amt für Beschäftigungsförderung gibt es derzeit keine Stellen für Beschäftigte mit Mehraufwandsentschädigung (MAE, die sog. »Ein-Euro-Jobs«). Wie Amtsleiter Thomas Holzhauer berichtete, liefen die Förderungen im gewerblich-technischen Bereich am 20. März 2012 aus, ohne daß neue Stellen genehmigt wurden. Ein Jahr lang waren im Stadtförster und im Familiengarten jeweils 30, in den Projektbereichen Veranstaltungsservice und Treidelwege jeweils 15 sowie im Projektbereich Stadtteilpflege 50 MAE-Kräfte beschäftigt. Die darauf beruhenden Angebote, wie beispielsweise die Grünannahmestellen, wurden inzwischen auf Eis gelegt. Die 24 Stellen aus dem Bundesprogramm »Kommunalkombi« wird es noch bis zum November 2012 geben. Acht solche Stellen sind im Eberswalder Tierpark für den Zoo- und Besucherservice eingerichtet. Weitere Kommunalkombis gibt es u.a. im Familiengarten, im Museum, als Projektleiter für MAE-Projekte. Jeweils 6 Stellen wurden in Eberswalde aus dem Bundesprogramm »Bürgerarbeit« mit einem Förderzeitraum bis Ende 2014 und dem 2013 auslaufenden Landesprogramm »Arbeit für Brandenburg« bewilligt. Die Stellen verteilen sich auf den Familiengarten und die städtischen Schulen (Frühstücksversorgung und Betreuung in den Schulbibliotheken).

Für die Betreuung der Arbeitsfördermaßnahmen sind 9 Stadtverwaltungsmitarbeiter eingesetzt, davon 5 mit befristeten Arbeitsverträgen. Deren Hauptaugenmerk liegt im Jahr 2012 darauf, eine Fortsetzung der bisher per MAE realisierten Projekte zu gewährleisten. Die »Eingliederungsmittel« des Jobcenters Barnim sind seit 2010 von 20,9 auf 10,9 Millionen Euro im Jahr 2012 gesunken. Hinzu komme eine vorrangige Ausrichtung auf den »ersten Arbeitsmarkt«. Nur noch 22, 2 % der Mittel stehen für Beschäftigungsmaßnahmen zur Verfügung. Die Suche nach Alternativen hat daher längst begonnen. Ein wichtiges Mittel für die Fortsetzung der Projekte sieht Holzhauer im Bundesfreiwilligendienst. Daneben sollen andere Programme genutzt werden und nicht zuletzt hofft man auf eine Fortsetzung des Vertrages zwischen Stadt und Jobcenter ab 2013.

Tierpark-Beirat

Eberswalde (prest-ew). Die 11. Sitzung des Zoobeirates findet am 7. Mai 2011, 17 Uhr, in der Zooschule des Tierparks Eberswalde statt. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Jahresrechnung des Budgets Zoo des Jahres 2011, der bisherige Verlauf der Saison 2012, der Stand der Umsetzung der im Jahr 2012 geplanten Sanierungs-/Investitionsmaßnahmen und des Marketingkonzeptes sowie die Entwicklung der Kooperationspartnerschaften. Die Zusammenkunft unter Leitung des Vorsitzenden des Zoobeirates André Stahl ist öffentlich.

Den Kommunen gehen die Ein-Euro-Jobs aus ...

... und Eberswalde jammert

Jahrelang waren die Kommunen in der komfortablen Situation, von billigen Arbeitskräften, den so genannten Ein-Euro-Jobbern (MAE-Kräfte), zu profitieren.

Jahrelang haben sie die Ausbeutung von Erwerbslosen zu ihrem Vorteil genutzt und gutgeheißen. Viele Hartz IV-Empfänger sind unter Androhung der Kürzung ihres Arbeitslosengeldes II und durch Unterzeichnung einer nahezu menschenverachtenden Eingliederungsvereinbarung von den Job-Centern unter einem mehr oder weniger großen Druck in die Ein-Euro-Jobs gedrängt worden.

Doch diese unsägliche Zeit scheint endlich ein Ende gefunden zu haben! Denn die Bundespolitik rückt vom umstrittenen Arbeitsmarktinstrument Ein-Euro-Job ab. Förderschwerpunkt soll, und das ist auch richtig so, der erste Arbeitsmarkt sein.

Gemäß den gesetzlichen Vorgaben müssen Tätigkeiten, für die MAE-Kräfte eingesetzt werden, gemeinnützig und zusätzlich sein. Mit der Gemeinnützigkeit konnten die kommunalen Verwaltungen diesbezüglich bislang so ziemlich jede Stellenbeschreibung begründen. Etwas einfallsreicher mußte man sein, um die Zusätzlichkeit zu rechtfertigen. Aber auch das gelang in den meisten Fällen.

Eberswalde als Kommune trifft es besonders hart. Der subventionierte, nicht wirtschaftlich arbeitende Familiengarten startet in die Saison mit eingeschränktem Service. Zudem bleiben die neun Grünannahmestellen vorerst geschlossen. Nach Auskunft des Leiters des Amtes für Beschäftigungsförderung, Thomas Holzhauer, ist eine Lösung der Problematik nicht in Sicht. Vielmehr könnte es noch schlimmer kommen. Aus den Worten klingt Katzenjammer heraus.

Es ist für mich eine Genugtuung, daß von den Job-Centern die Stellenbeschreibungen nun kritischer auf Zusätzlichkeit zu prüfen sind. Als Gewerkschafter und seinerzeit als Eberswalder Stadtverordneter habe ich immer gegen die verlogene Arbeitsmarktpolitik und insbesondere gegen die Ein-Euro-Jobs gewettert und gekämpft, die nachweislich Stellen im

ersten Arbeitsmarkt vernichten und somit eine Konkurrenz darstellen. Nun scheint sich die Sache sozusagen »von alleine« zu lösen.

Für die Kommunen ist der Wegfall zahlreicher, im Haushalt zunächst eingeplanter Ein-Euro-Jobs im finanziellen Sinne natürlich bitter, zumal notwendige Aufgaben wie Aufräumen, Gehölzschnitte und Müllbeseitigung auf öffentlichen Flächen – die keineswegs zusätzlichen Charakter haben – nicht mehr erledigt werden können, weil die nun von teuer bezahlten Fachkräften ausgeführt werden müßten.

Doch ist die Entwicklung im Sinne der Gerechtigkeit richtungweisend. Denn gute Arbeit muß auch anständig entlohnt werden!

Vor diesem Hintergrund möchte ich der Stadt Eberswalde empfehlen, an ihren bürgermeisterlichen Prestigeprojekten zu sparen, damit die Erledigung der Kernaufgaben, wie die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, gewährleistet werden kann.

Aktueller Nachtrag: Trotz der groß angelegten »Eindampfung« des Arbeitsmarktinstrumentes Ein-Euro-Job ist eine vollständige Entwarnung nicht gegeben. Daß die notwendigen zu leistenden Arbeiten in den Kommunen nun von vollbezahlten Fachkräften und Fachfirmen erledigt werden, dürfte an der Realität vorbeigehen. Denn nun wurde das Instrument Regionalbudget ins Leben gerufen.

Teilnehmende an Maßnahmen des Regionalbudgets erhalten wie bei der MAE keine zusätzliche Entlohnung, sondern nur eine Erstattung tatsächlich anfallender Mehraufwendungen. Diesbezügliche »Jobs« werden ebenfalls als Qualifizierung für den ersten Arbeitsmarkt deklariert. Hier springt i.d.R. für den auch nicht viel mehr als ein Euro Stundenlohn heraus, je nach Projekt kann die Entschädigung sogar darunter liegen. Für mich macht es keinen Sinn, wenn das eine Übel (MAE) vom anderen Übel (Regionalbudget) abgelöst wird. Denn das Arbeitsmarktinstrument Regionalbudget ist genauso wenig zielführend und vergleichbar destruktiv.

Dr. ANDREAS STEINER

Sanierungsbeirat diskutiert Selbstverständnis

Eberswalde (bbp). Eine Diskussion zum Selbstverständnis des Sanierungsbeirates steht im Mittelpunkt der nächsten Sitzung des Eberswalder Sanierungsbeirates, die am 7. Mai um 18 Uhr im HNNE-Mensagebäude in der Friedrich-Ebert-Straße Ecke Goethestraße (Raum 02.214) stattfindet. Dabei soll es um eine Neubestimmung der Ziele, die räumlichen Grenzen der Zuständigkeit und die Zusammensetzung des dann möglicherweise als »Gestaltungsbeirat« benannten Gremiums gehen. Hintergrund dieser Selbstverständnisdiskussion sind weni-

ger die Kritiken der jüngsten Vergangenheit, die u.a. in der Mandatsniederlegung durch den bekannten Eberswalder Landschaftsplaner Andreas Timm zum Ausdruck kamen (BBP 12/2011), sondern wohl eher das absehbare Auslaufen der speziellen Innenstadtförderung im Rahmen eines Sanierungsgebietes, die auch die Etablierung des Sanierungsbeirates zum Inhalt hatte. So soll es auch um die Arbeitsweise des neuen Gremiums, die Einflußnahme auf die städtische Politik und eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit gehen.

Abschlussbericht ließ vieles offen

Eberswalde (bbp). »Der 1,5 kg schwere Abschlussbericht der Verwaltung«, stellte der Stadtverordnete Albrecht Triller (Fraktion Die Fraktionslosen) am 26. April im Rahmen der Debatte zum sogenannten Spendenbericht fest, »ist im wesentlichen nur eine Zusammenstellung von bekannten Unterlagen«. Neu sind lediglich das Gutachten des Rechtsanwalts Olaf Beseler und der überarbeitete Bericht der Verwaltung. Dennoch verging noch ein ganzes Jahr nach Ende des Schulz-Prozesses.

Albrecht Triller schlußfolgert daraus, daß die Stadtverwaltung der Angelegenheit keine Bedeutung zuzesse. Der Abschlussbericht beschränkt sich im wesentlichen auf Sachverhalte, die durch die überörtliche Rechnungsprüfung festgestellt wurden. In dem Beseler-Gutachten ging es nur um die Prüfung möglicher Ansprüche der Stadt gegenüber dem Ex-Bürgermeister und möglicher Dritter. Das Thema Spendenskandal hingegen bleibe im Abschlussbericht völlig unterbelichtet, meint der Stadtverordnete. »Betrachtet werden nur die Folgen und Auswirkungen des Spendenskandals, nicht aber die Bedingungen für seine Entstehung und seine Wirkungsmechanismen.«

So blieb der Fakt unberücksichtigt, daß der Verkauf der restlichen Anteile an den Stadtwerken rechtswidrig erfolgte. Das praktizierte Verfahren öffnete »Nebenvereinbarungen« Tür und Tor. Insgesamt wurde der Verkauf mit rund einer Million Euro geschmiert.

Nicht betrachtet wurde auch, daß gegen die rechtswidrigen Handlungen beim Stadtwerkanteilsverkauf Dienstaufsichtsbeschwerden eingelegt wurden, die von der StVV zu Unrecht abgewiesen wurde. »Nachdem sich diese Zurückweisungen nun als falsch erwiesen haben«, so Triller, »war es möglich und notwendig, die Beschlüsse der StVV zur Ablehnung der Dienstaufsichtsbeschwerden zu überprüfen und im Nachhinein aufzuheben.«

Der Abschlussbericht beschäftigte sich nicht mit der Frage, **wie** es zu den Rechtsverletzungen kommen konnte. Es sei nötig festzustellen, »daß sowohl Bürgermeister Schulz wie auch die Mitglieder des Hauptausschusses, im besonderen in ihrer Eigenschaft als Gesellschaftervertreter, ihre Pflichten zur Einhaltung der städtischen Satzungen und der Gemeindeordnung grob verletzt und dadurch bewirkt haben, daß der Anteilsverkauf rechtswidrig, aber letztendlich rechtswirksam zustande kam.«

Dem entgegen vermittele der Abschlussbericht den Eindruck, als sei Bürgermeister Schulz der Alleinschuldige mit dessen Verurteilung die Angelegenheit erledigt sei. »Exbürgermeister Schulz spielte sicher die entscheidende Rolle, konnte diese Rolle aber nur in einem 'System Schulz' spielen. Dieses System Schulz war geprägt durch eine 'Gutsherrenart' und Gönnerhaftigkeit, Unterwürfigkeit, Abhängigkeit und Druck, Vetternwirtschaft, Intransparenz und Hinterzimmerpolitik.«

Fehlende Transparenz in der Verwaltung und in den kommunalen Unternehmen, die ungenügende Beachtung des Gebotes der Öffentlichkeit der Sitzungen sowie die Arbeit mit Tischvorlagen sind begünstigende Faktoren für

Rechtsverletzungen. »Vor diesem Hintergrund ist es unbegreiflich, daß die StVV bisher nicht den Weg zu mehr Transparenz in den kommunalen Unternehmen gefunden hat und Anträge dazu wiederholt abgelehnt wurden.«

Die Stadtverwaltung reagierte auf erste kritische Fragen zu fragwürdigen Spendenpraktiken mit Verzögerung und Vertuschung, obwohl bereits Ermittlungen gegen den Bürgermeister liefen und dieser deshalb beurlaubt war. »daß die fragwürdige Spendenpraxis erst durch eine Akteneinsicht offen gelegt wurde, findet im Abschlussbericht keine Erwähnung.«

Triller kritisiert den mangelnden Beitrag der Stadtverwaltung zur Aufklärung der Straftaten. Dies habe u.a. dazu geführt, daß 7 der 12 Anklagepunkte im Schulz-Prozeß nicht abschließend behandelt wurden, weil das Gericht mit dem Beklagten und der Staatsanwaltschaft dealte. Spätestens an dieser Stelle stelle sich dann auch die Frage, »welche Rolle das Rechtsamt der Stadt zur Verhinderung der Dienstpflichtverletzungen und bei der Aufklärung und Verfolgung der bekannt gewordenen Rechtsverletzungen spielt. Die Stadt sollte ihren Handlungsspielraum maximal nutzen, um die Zuständigkeiten und Befugnisse des Rechtsamtes in dieser Hinsicht maximal zu stärken.«

Rechtsanwalt Beseler riet in seinem Gutachten, daß die Stadt aus rechtlichen Gründen auf Schadenersatzansprüche verzichtet. Er geht davon aus, daß die sogenannten Spenden eigentlich Teile des Kaufpreises für die Stadtwerkeanteile waren. Daher rät RA Beseler den TWE, Schadenersatzforderungen an die Anteilskäufer zu prüfen. Albrecht Triller hält das für ein »chancenloses Unterfangen«. De Stadt Eberswalde habe selbst die Möglichkeit »und die, zumindest moralische, Verpflichtung, die als 'Spenden' an die Stadt umgeleiteten Kaufpreisannteile in Höhe von mindestens 614.000 Euro an die TWE auszukehren.«

Trotz der mehr als zwei Monate währenden Beratungsdauer fand eine Diskussion zum Abschlussbericht kaum statt. Gegebene Hinweise führten nicht zu Korrekturen. »Alles ist gut. Die Aufarbeitung durch die Verwaltung ist abgeschlossen. Das sollen wir heute beschließen.«

Es gebe eine Reihe von Handlungsvorschriften, die Korruption und Bestechlichkeit erschweren. »Aber mit dem 'System Schulz' wurde nicht wirklich abgerechnet. Es existiert unterschwellig fort. Dem gilt es zu begegnen, jeden Tag, durch jeden von uns. Diese wichtigste Aufgabe erfüllt der Abschlussbericht nicht. Er ist deshalb abzulehnen.«

Die Mehrheit der Stadtverordneten tat dies, aus welchen Gründen auch immer, nicht.

Unangenehme Fragen

Eberswalde (bbp). In der MOZ vom 18. April, dem Tag des Sonderkreistages zum HOKAWE-Erwerb, informierte das Blatt über entsprechende Äußerungen des Eberswalder Bürgermeisters Friedhelm Boginski (FDP). Der Bürgermeister plädierte für eine Entscheidung des Kreistages zugunsten des HOKAWE-Erwerbs. »Soweit hierdurch auch noch der Fernwärmepreis um zehn Prozent reduziert werden könnte«, wurde er zitiert, »hätte dies für viele Eberswalderinnen und Eberswalder und zahlreiche Unternehmen und Einrichtungen eine spürbare Entlastung zur Folge.« Das Holzkraftwerk sei vom Landesumweltamt genehmigt und zum Zeitpunkt seiner Inbetriebnahme weithin befürwortet worden. Boginski sehe es als »zentralen Bestandteil der Umsetzung der Null-Emissions-Strategie« im Barnim. Ein vom Kreis geführtes Kraftwerk sei der beste Weg für den Erhalt von Arbeitsplätzen, auch im Pelletwerk und in den Technischen Werken, die den Eberswalder Binnenhafen betreiben. Boginski behauptete demnach, daß Umschlag und Wirtschaftlichkeit des Hafens in nicht unerheblicher Weise durch das Holzkraftwerk bestimmt würde. Es wird zugleich auch die städtische Energiepolitik tangiert, über die aktuell diskutiert wird. Daher stellte Albrecht Triller (Die Fraktionslosen) dem Bürgermeister am 26. April in der Stadtverordnetenversammlung mehrere Fragen:

1. Was hat Sie dazu bewogen, sich in dieser Frage und zu diesem Zeitpunkt öffentlich zu äußern? Sie haben sich bisher zu den Fragen der städtischen Energiepolitik nicht geäußert, obwohl die Debatte darüber seit mehr als zwei Jahren geführt wird.
2. Worüber soll in der Klausurberatung des Energieausschusses beraten werden, wenn Sie die Ergebnisse der geplanten Diskussion mit Ihren öffentlichen Standpunkterklärungen vorweg nehmen?
3. Welche konkreten Zahlen und Angaben liegen Ihnen vor, daß die Fernwärmepreise um 10 Prozent sinken könnten? Worauf beziehen sie sich?
4. Als Gesellschaftervertreter und Aufsichtsratsvorsitzender der WHG hatten Sie seit Jahren die Möglichkeit ... auf die Fernwärmekosten der Mieter der WHG Einfluß zu nehmen. Was haben Sie bisher dazu getan? Wie sind Sie mit den Erwartungen der Interessengemeinschaft der Mieter umgegangen, den Fernwärmepreis zu senken, wo doch die WHG für Nahwärme mindestens 20 Prozent weniger berechnet, als EWE für Fernwärme?
5. Ihnen sind Berechnungen über mögliche Kosteneinsparungen durch eine Nahwärmeverversorgung bekannt. Sie kennen den Streit um einen korrekten Preisvergleich von Nah- und Fernwärme, wie ihn die Firma Dieme einerseits und Pomraenke/Triller andererseits ermittelt haben. Die WHG macht aber keine Anstalten ... zu einer Klärung der unterschiedlichen Berechnungen. Haben Sie darauf schon Einfluß genommen?
6. Sie betonen stets, die Verwaltung wäre Vollzugsorgan des politischen Willens der Stadtverordneten. Deckt sich ihre öffentliche Äußerung zum HOKAWE mit dieser Aussage?

HOKAWE-Kauf:

Widerspruch eingereicht

Eberswalde (bbp). Der Kauf des HOKAWE durch den Landkreis ist doch noch nicht in »trockenen Tüchern«. Das von verschiedenen Seiten ins Auge gefaßte Bürgerbegehren, so stellte sich nach Prüfung heraus, kann den Vollzug des Kreistagsbeschlusses nicht aufhalten war. Der am 3. Mai vorgesehene Vertragsabschluß schafft vollendete Tatsachen, die durch ein Bürgerbegehren nicht rückgängig gemacht werden könnten.

Deshalb hat Albrecht Triller jetzt einen Widerspruch gegen den Kreistagsbeschluß an den Landrat gerichtet und diesen dazu aufgefordert, den Beschluß gemäß § 55 der Kommunalverfassung zu beanstanden. Das Schreiben ging zugleich an das Innenministerium als Rechtsaufsicht des Landkreises. Triller begründet seinen Widerspruch damit, daß die Bedingungen der Kommunalverfassung BbgKVerf. § 92 Kommunale Unternehmen sind nicht erfüllt sind.

Für den Erwerb des HOKAWE soll die BEG Barnimer Energiegesellschaft mbH gegründet werden. Dieses Vorhaben wurde nicht öffentlich bekannt gemacht.

Es gab keine Aufforderung an private Anbieter, eigene Angebote vorzulegen, und es gab keine unabhängige sachverständige Wirtschaftlichkeitsanalyse, die Unternehmensgründung und Privatisierungsmöglichkeiten verglichen und bewertet hat. Vor der Beschlußfassung über die Unternehmensgründung, die vor dem Erwerb des HOKAWE erforderlich war, waren den Abgeordneten die erforderlichen Unterlagen vorzulegen. Diese, wie auch eine Stellungnahme der örtlichen Industrie- und Handelskammer lagen den Kreistagsabgeordneten nicht vor.

Ferner führt Triller ins Feld, daß die wirtschaftliche Tätigkeit des Landkreises in der Form des Beschlusses LR-49/12 ist nicht zulässig. Sie widerspricht der Kommunalverfassung § 91, die einen öffentlichen Zweck voraussetzt, der im vorliegenden Fall nicht gegeben ist. Es gibt keine Versorgungslücken, für die der Landkreis einspringen müßte. Im Gegenteil, durch die BEG werden private Unternehmen aus bisheriger wirtschaftlicher Tätigkeit verdrängt, im konkreten Falle aus der Erzeugung von Fernwärme und Strom.

Der öffentliche Zweck ist auch deshalb nicht gegeben, weil keinerlei Lieferungen und Leistungen direkt für die Bevölkerung erbracht werden. Alleiniger Abnehmer für die Fernwärme ist die private EWE, die dann als Lieferant gegenüber den Endverbrauchern auftritt.

Desweiteren stehen Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung nicht in angemessenem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises. In der Gründung einer BEG in Verbindung mit dem Erwerb und Betrieb des Holzkraftwerkes sieht Triller zudem einen Eingriff des Landkreises in die Rechte und Zuständigkeiten der Gemeinden.

Personalratswahl in der Kreisverwaltung

Landrat gnadenlos gescheitert

Eberswalde (bbp). Nach Auszählen der Ergebnisse anlässlich der vorgezogenen Personalratswahl am 24. April in der Barnimer Kreisverwaltung hat die ver.di Liste wie erwartet einen klaren Sieg errungen. Landrat Bodo Ihrke ist bei seinem Versuch, eine ihm genehme Personalratsmehrheit zu installieren, gnadenlos gescheitert. Immerhin gelang es ihm aber, über die Landratsliste seinen persönlichen Fahrer im neugewählten Personalrat unterzubringen. Damit ist jederzeit der direkte und persönliche Informationsfluß aus dem Personalrat zum Landrat gewährleistet.

Seitens der Verwaltungsspitze wurde mit Hilfe von »Taschenspielertricks« á la Barnimer Landrecht nichts unversucht gelassen, um teilweise unter Vortäuschung falscher Tatsachen willfähige Beschäftigte zur Kandidatur auf den landratshörigen Dezernatslisten zu animieren.



Am »Tag der Entscheidung« betrieb man im wunderlichen Haus offen und verdeckte Wahlbeeinflussung, um die Beschäftigten doch noch dazu zu bewegen, für die verbliebene Landratsliste zu stimmen. So sind Hinweisschilder, von Unterstützern der ver.di-Liste zur Erinnerung an die Personalratswahl an die Bürotüren gehängt, durch leitende MitarbeiterInnen der

Kreisverwaltung umgehend entfernt worden. Der Wahlvorstand wird abschließend unabhängig und objektiv zu bewerten haben, inwieweit diese Vorgänge Verstöße gegen die Wahlordnung und das Brandenburg Landespersonalvertretungsgesetz sind. Gegebenfalls sind diese als strafrelevant einzustufen und wären dann strafrechtlich zu ahnden.

Die konstituierende Sitzung des neugewählten Personalrates mit der Wahl des freigestellten Vorsitzes findet nach Redaktionsanschluß dieser Ausgabe statt.

Investitionen auf dem Walzwerk-Gelände

Eberswalde (bbp). Am 31. März erfolgte die Stilllegung der Walzwerk Finow GmbH wegen Insolvenz (»Ein schwarzer Tag in Finow«, BBP 4/2012). Der zahlungsunfähige Betrieb gehört der FSB Finow Stahl Beteiligungsgesellschaft mbH des einstigen Treuhandmitarbeiters und späteren Unternehmensberaters Patrick von Hertzberg. Zur Finow Stahl Holding gehören mit der Stawa Stahlbau GmbH, der WWF Solar GmbH, der IIZ Industrie- und Innovationszentrum GmbH sowie der Finow Automotive GmbH weitere Firmen, die ihren Schwerpunkt auf dem Walzwerk-Gelände haben. Obwohl das Walzwerk in die Pleite getrieben wurde und

die Stadt Eberswalde auf ihren Forderungen von bis zu 300.000 Euro sitzen bleibt (»Stadt verliert bis zu 300.000 Euro«, BBP 4/2012), scheint Firmenchef Hertzberg über genügend liquide Mittel zu verfügen. Nach Informationen des Mitarbeitervertreters Detlef Pape will Hertzberg unmittelbar nach Schließung des Walzwerks in andere Industriezweige investieren. Dem beabsichtigten Bau eines Solarparks auf dem Walzwerk-Gelände hat die Stadtverordnetenversammlung inzwischen durch Änderung des Bebauungsplanes einen Riegel vorgeschoben (»Dämpfer für Solarboom«, BBP 4/2012).

Barnimer Armutsbericht im Juni

Als interessierter Einwohner des Landkreises Barnim nutzte ich die jüngste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales im Kreistag Barnim, um nach dem Arbeitsstand des Barnimer Lebenslagenbericht (Armutsbericht) zu fragen. Sozial- und Umweltdezernentin Silvia Ulonska teilte mit, daß der Bericht nach hausinternen Abstimmungen am 13. Juni in einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Jugendhilfe und für Gesundheit, Senioren und Soziales präsentiert werde.

Die interessierte Barnimer Einwohnerschaft hat damit erstmalig unmittelbar vor dem Start in die Sommerferien die Gelegenheit, sich mit den Ergebnissen des Barnimer Lebenslagenberichtes vertraut zu machen. Die Barnimer Kreisverband und die Kreistagsfraktion der Partei die LINKE haben mit relevanten Be-

schlußlagen maßgeblichen Anteil daran, daß vom Barnimer Kreistag an die Kreisverwaltung der Auftrag erging, einen solchen »Armutsbericht« erstellen zu lassen.

Der Sozialdezernentin Ulonska habe ich empfohlen, diese Prozesse insbesondere für die breite interessierte Barnimer Öffentlichkeit einschließlich der Fachwelt transparenter zu gestalten. Mit dem neuen Pressesprecher Oliver Köhler, zuvor Redakteur der Bernauer Lokalredaktion der Märkischen Oderzeitung, dürfte das problemlos zu bewältigen sein.

Dank gilt der Ausschußvorsitzenden Kerstin Mutz (DIE LINKE), die flexibel und zeitnah entsprechend meiner persönlichen Bitte dafür gesorgt hat, daß eine Einwohnerfragestunde nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden konnte.

CARSTEN ZINN

»HOKAWE-Kauf ist ein Straftatsbestand«

Umweltfreundlich, CO₂-einsparend, nullemittierend, klimaneutral, wirtschaftlich, nachhaltig - das alles sind Eigenschaften, die das Eberswalder Holzkraftwerk (HOKAWE) nicht hat.

Der zusätzliche Bedarf des HOKAWE an Industrieholz, das verfeuert werden soll, heizt die Konkurrenzsituation, den erbitterten Kampf ums Holz, nur an und führt zu weiteren schnellen Preissteigerungen, die letztlich der Bürger bezahlen muß, der Leisten, Bretter, Bohlen, Balken oder Schreibpapier kaufen muß oder auch nur ein paar Scheite Brennholz.

Im HOKAWE wird dieses Holz mit einem Wirkungsgrad von 27 Prozent zu Strom und diese Energievergeudung bezeichnen die Befürworter des HOKAWE gar als Wertschöpfungskette. Mit Wertschöpfung hat das aber nur wenig zu tun. Auch wenn es irgendwann gelingt, für die Rauchgaswärme oder für der Turbine abgezapften Dampf einen Käufer zu finden, wird der größte Teil der Abwärme nicht genutzt sondern nach wie vor die Atmosphäre und den Oder-Havel-Kanal heizen.

Die Wirtschaftlichkeit, welche die Gutachter auftragsgemäß errechnet haben, ruht auf den tönernen Füßen von Bonuszahlungen, also Subventionen aus den Taschen der Bürger, und einem Holzpreis aus der Sendung »*Wünsch Dir was*«, niedergeschrieben in einem regierungsseitig erzwungenen, befristeten Holzliefervertrag, der nicht einmal 50 Prozent des Bedarfs deckt. So etwas hat keinen Bestand und führt früher oder später – in diesem Fall wohl früher – erneut in die Insolvenz.

Schließlich ist noch anzumerken, daß die Verbrennung von Holz, die das Aufkommen an Energieholz weit übersteigt, eine akute Gefahr für unsere Wälder darstellt, die weder durch

das Waldgesetz noch durch PEFC-Kriterien ausreichend geschützt werden.

In der historischen Vergangenheit sind große Zivilisationen untergegangen, weil sie mit dem Wald ihren Lebensraum, ihre Lebensgrundlage verbrannt haben.

Ich fasse zusammen: Das HOKAWE ist eine ernst zu nehmende Gefahr für unsere Umwelt. Das haben die Gutachter des Landrats bedauerlicherweise verschwiegen. Es gibt aber eine Vielzahl von Fachleuten, die bereit waren, uns diese Kenntnisse zu vermitteln. Sie haben das für Gotteslohn getan, ohne Auftrag des Landrats, in Verantwortung für unsere Menschen und unsere Region. Ich darf hier allen, die sich ungefragt zu Wort gemeldet haben, dafür unseren herzlichen Dank aussprechen.

Nun wissen wir es besser! Alle wissen es: Das HOKAWE gehört nicht in einen Landkreis, der sich gern mit seiner Nullemissionsstrategie schmückt. Das HOKAWE schadet der Region und allen Menschen, die hier leben. Mit der Entscheidung, das HOKAWE zu kaufen und weiter zu betreiben, fügen die Befürworter den Bürgern dieses Kreises einen Schaden, einen direkten Vermögensnachteil zu.

In der gemeinsamen Sitzung von A4 und A5 hat Dr. Günther Spangenberg auf den strafrechtlichen Aspekt dieser Entscheidung hingewiesen. Er wurde von einigen Abgeordneten dafür mitleidig belächelt. Das hat deutlich gemacht, welchen Stellenwert Gesetze bei uns haben, wenn es nicht gerade Privatpersonen sind, denen man damit beikommen will.

Ich darf hier wiederholen: Kauf und Weiterbetrieb des HOKAWE sind eine Verletzung unserer Befugnisse. Sie sind ein Mißbrauch unserer Treuepflicht, die Vermögensinteressen unserer Bürger wahrzunehmen. Das ist ein Straftatsbestand nach Strafgesetzbuch §§ 263 und 266.

In § 263, Absatz 3 Satz 2 heißt es: In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe von 6 Monaten bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter einen Vermögensverlust großen Ausmaßes herbeiführt oder in der Absicht handelt, eine große Zahl von Menschen in die Gefahr des Verlustes von Vermögenswerten zu bringen. Dieser Fall liegt hier vor. Es geht um 17 Millionen Euro und weitere jährlich zu erwartende Verluste.

Da Sie die Höhe der Verluste kennen, sie sich sogar leicht selbst ausrechnen können, ist es auch nicht möglich, Fahrlässigkeit oder gar Nichtwissen geltend machen. Sie handeln mit Absicht.

Sie, meine Damen und Herren, sind für das, was Sie tun, ganz persönlich voll verantwortlich und die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises werden Sie eines gar nicht fernen Tages zur Rechenschaft ziehen.

JOHANNES MADEJA

Rede auf dem Sonderkreistag am 18. April. Johannes Madeja beantragte die namentliche Abstimmung. Es stimmten 27 Kreistagsabgeordnete für und 25 gegen den Kauf des HOKAWE durch den Landkreis.

Ja zum »Ahrensfelde-Netz«!

Nach der Vorstellung der Konzeption »Ahrensfelde-Netz« zur Versorgung der Ortsteile Mehrow und Blumberg mit schnellem Internet in der Märzsession des Ausschusses für Wirtschaft, Bauwesen, Umwelt und Natur der Gemeinde Ahrensfelde, haben die Mitstreiter der 2007 gegründeten Initiative »DSLnachBlumberg« eine Unterschriftensammlung initiiert.

Am 16. April übergab Torsten Westphal der Gemeindevertretersitzung nun 391 Unterschriften, welche die Blumberger Schülerinnen und Schüler, Mitglieder der Jugendfeuerwehr der Freiwilligen Feuerwehr Blumberg und des Blumberger Sportvereins BSV Blumberg gesammelt hatten. Die jugendlichen Unterschriftensammler wurden fast ausnahmslos aufgeschlossen begrüßt und gelobt, daß in der Sache endlich etwas Konkretes unternommen wird.

Die Blumberger Bürger sprechen sich für die Realisierung des im März vorgelegten Projektvorschlages »Ahrensfelde-Netz« aus. Damit wurde den Abgeordneten das Interesse der Blumberger an schnellem Internet über ein lei-

stungsfähiges Glasfasernetzes bekundet. Rund 90% der befragten Bürger wünschen sich eine zukunftssichere Breitbandversorgung und ein aktives Handeln der Gemeinde.

In der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung am 21. Mai soll nach Aussage des Bürgermeisters die Realisierung des Projektvorschlages »Ahrensfelde-Netz« Teil der Tagesordnung sein. Es gilt, konkrete Beschlüsse zur Realisierung des vorliegenden Konzeptes zu fassen und die nächsten Schritte festzulegen.

Die Bürgerinitiative »DSLnachBlumberg« (www.DSLnachBlumberg.de) unterstützt ausdrücklich die Initiative des Bürgermeisters und die Vorhaben der Gemeinde Ahrensfelde zur Verbesserung der Breitbandinfrastruktur. Sie fordert einen klaren Zeitplan und die zielgerichtete Umsetzung, um bis Jahresende erste Ausschreibungen vornehmen zu können und die notwendigen Mittel in den Haushalt 2013 einzustellen.

PHILIPP SCHÖNING,
Bürgerinitiative »DSLnachBlumberg«

Hilfe für Ferienfahrt

Eberswalde (bbp). Die Evangelische Kirchengemeinde Finow organisiert seit mehreren Jahren Familienferienfahrten für Familien mit geringen Einkommen, mit erheblichen Problemen in der Lebensbewältigung, mit Erziehungsschwierigkeiten und mit Migrationshintergrund. Auch in diesem Jahr soll es die Fahrt nach Ückeritz auf Usedom geben.

Da die Familien nur einen geringen Eigenanteil leisten können, bleibt regelmäßig ein Fehlbetrag übrig. In diesem Jahr beträgt die Finanzierungslücke 5.000 Euro. In der Anfangszeit konnte hierfür auf Mittel aus dem Programm »Soziale Stadt« zurückgegriffen werden. Inzwischen hat sich ein Kreis von Sponsoren herausgebildet. Dazu gehören auch die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der LINKEN in der Region.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Wolfgang Sachse appellierte in der Märzsession der Eberswalder Stadtverordnetenvertreter an die Volksvertreter, sich an der Spendensammlung für die Familienferienfahrten der Kirchengemeinde zu beteiligen.

Rausgekantet

Eberswalde (bbp). Die Zustimmung von zwei bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten zum HOKAWE-Kauf zeigte Folgen. Nach dem Bruch der bisherigen gemeinsamen Fraktion mit dem Bündnis für ein demokratisches Eberswalde, entfaltete sich auch intern eine kontroverse Diskussion. Dabei ging es u.a. um die Klärung der Frage, ob ein Änderungsantrag der beiden HOKAWE-Befürworterinnen tatsächlich deren eigenständiges Werk war. Die LINKEN hatten im Kreistag angedeutet, daß ihnen zuvor die gleichen Änderungen vom Kreisdezentrierten Bockardt als »Preis« für eine Zustimmung der LINKEN angeboten worden seien. Wie sich herausstellte, soll dieser Versuch bereits am 2. April über die Bühne gegangen sein. Erst am 11. April hatte dann die Fraktionsvorsitzende Ute Krakau den Änderungsantrag an die Kreisverwaltung und mehrere Fraktionen geschickt.

Zur Klärung der Frage, ob dieser Änderungsantrag, wie vermutet wird, tatsächlich von der Kreisverwaltung geschrieben wurde, wird es voraussichtlich nicht mehr kommen. Der unbequeme Frager Dr. Andreas Steiner wurde mittlerweile abgekantelt und auf Beschluß des grünen Kreisvorstandes aus der internen grünen eMail-Liste ausgeschlossen. Es handele sich »ausdrücklich« nicht um eine Reaktion auf Steiners Kritik am HOKAWE-Kauf. Er habe vielmehr gegen die »Grundsätze einer kultivierten Debattenkultur verstößend, Andersdenkende« beschimpft und »mit teils wahrheitswidrigen und ehrabschneidenden Tatsachenbehauptungen nach Innen und Außen« agiert.

In die Vorstandsentscheidung flossen noch weitere Erwägungen ein. So sei Dr. Steiner kein Parteimitglied und sei infolge seines Umzuges aus der Eberswalder Stadtfraktion ausgeschieden. »Er hat damit auch keinen Anspruch auf eine Listung in der Debattenliste mehr«.

Der Rauswurf sei zunächst vorläufig, heißt es. Auf der nächsten Mitgliederversammlung will der Kreisvorstand eigens einen zusätzlichen Tagesordnungspunkt »Wiederezulassung von Andreas Steiner zur Debattenliste« aufnehmen. »Möge dann die Mitgliederversammlung darüber entscheiden, ob man ihn wieder auf die Liste zulassen und seine Beiträge zur Kenntnis nehmen möchte oder nicht.«

Fraktion zerbrochen

Eberswalde (bbp). Albrecht Triller hat nach der Abstimmung über den Kauf des HOKAWE auf dem Sonderkreistag am 18. April die gemeinsame Fraktion mit den Barnimer Bündnisgrünen verlassen. Als Grund gab er an, daß die Fraktionskolleginnen Ute Krakau und Karen Oehler für den HOKAWE-Kauf stimmten. Künftig wird Albrecht Triller als Einzelabgeordneter das »Bündnis für ein demokratisches Eberswalde« im Kreistag vertreten. Die Bündnisgrünen behalten ihren Fraktionsstatus.

Innovationen in der Kommunalpolitik

Unter diesem Titel wurde in den vergangenen Jahren hin und wieder über die Irrungen und Wirrungen der städtischen und landkreislichen Politik berichtet. Glücklicherweise gab es seit langem nichts Aufregendes zu vermerken. Irgendwie scheinen die Verwaltungen ihre Arbeit gut und effektiv zu erledigen. Auf alle Fälle hört man wenig aus dem Rathaus und der Kreisverwaltung. So merkt man kaum, daß es diese Verwaltungen gibt. So sollte es auch sein. Was den Einwohnern recht angenehm vorkommt, beunruhigt offensichtlich die Oberen in den Verwaltungen. Sonst ließe sich die groß angelegte Kampagne zum Holzkraftwerk nicht erklären.

Leider ist es so, daß gute und reibungslose Arbeit selten gewürdigt wird. Oder wie der Volksmund so schön sagt: Das Pferd, das den Karren zieht, bekommt den Hafer nicht. Deshalb soll die Arbeit der Stadtverwaltung und Kreisverwaltung auf alle Fälle auch hier gewürdigt werden. Natürlich läßt sich noch allenthalben verbessern. Aber dafür sind die Verwaltungen ja da.

Oder geht ihnen die Arbeit aus? Dieser Eindruck darf auf gar keinen Fall entstehen. Den Oberen der Kreisverwaltung und den Parteien des Landkreises muß das schon dämmern. Vielleicht rumort das Debakel um die Wahl des Landrates noch in ihren Köpfen. Damals hatte

man mit viel Aufwand kaum einen Wähler zur direkten Wahl bewegen können. Nach zwei Wahlgängen und einer Abstimmung im Kreistag wurde der Landrat letztendlich ausgelost. Wie peinlich das war!

Dann lieber eine Kampagne zur Verbesserung der Luftqualität durch alternative Energien. Wohl um etwas Aufmerksamkeit zu erreichen, hat sich der Landkreis ohne Not den Kauf eines Holzkraftwerkes vorgenommen. Not besteht wahrlich nicht. Die Bäume wachsen weiter und binden Kohlendioxid. So funktioniert die Luftreinhaltung ganz natürlich. Strom und Wärme ist auch ohne Kernkraftwerke reichlich vorhanden. Würde es daran mangeln, könnte man auch etwas sparen. Qualifizierte Arbeitskräfte werden gesucht. Darum kann es auch nicht gehen. Und Geld kann sich der Landkreis viel einfacher beschaffen. Warum also sollte die Verwaltung mit der Erzeugung von Strom und Wärme wirtschaftlich tätig werden und spekulieren, damit einen großen Gewinn einzufahren? Immerhin handelt es sich um einen Betrieb der schon einmal insolvent war und dessen Kauf weder die unmitttelbar zuständige Stadt Eberswalde noch der örtliche Energieversorger beabsichtigten. Vielleicht gibt es doch einen tieferen Sinn? Denkt mal nach, denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Konsequenzen des HOKAWE-Erwerbs

Der Kreistagsbeschluß ist gefaßt, das HOKAWE wird künftig durch die »Barnimer Energiegesellschaft mbH« (BEG) weiterbetrieben. Von der Öffentlichkeit wird diese Tatsache als Erwerb eines insolventen Holzkraftwerkes durch den Landkreis wahrgenommen. Doch hinter der Tatsache, daß am 03.05.2012 der Kaufvertrag über das Anlagenvermögen und die Produktionsbestände abgeschlossen wird, steckt mehr:

Mit dem Erwerb des HOKAWE steigt der Landkreis in die Energieerzeugung und -verteilung ein. Zweck der Barnimer Energiegesellschaft ist die Entwicklung einer regionalen Energiewirtschaft im Landkreis Barnim auf der Basis der erneuerbaren Energien. Unmittelbare praktische Konsequenz ist, daß die BEG neben Strom nun auch Fernwärme liefert und dazu ein entsprechendes Verteilernetz aufbaut. Über die bisher bereits mit Fernwärme versorgten Gebiete hinaus sollen weitere Fernwärmegebiete erschlossen werden. Das bedeutet, daß jetzige Nahwärmeversorgungsanlagen durch Fernwärme abgelöst werden sollen. Da die Fernwärme um 30 % und mehr teurer ist, kommen auf die jetzigen Nahwärmeabnehmer erhebliche Kostenerhöhungen zu.

Da die Fernwärme nicht direkt an die Endabnehmer, sondern an EWE geliefert wird, bedeutet eine Ausweitung der Fernwärmeversorgung auch eine Stärkung für den Fernwär-

memonopolisten EWE und die Sicherung von dessen Unternehmensgewinnen. Das Versprechen des Landrates für einen zehnpromigen Preisnachlaß für Fernwärme ist bisher durch nichts untersetzt und nicht durchsetzbar.

Indem der Landkreis ein eigenes Energieunternehmen gründet, übernimmt er Funktionen, die bisher von den Kommunen selbst wahrgenommen werden (Bernau) oder ins Auge gefaßt sind (Eberswalde). Die in Eberswalde erwogene Wiedergründung von Stadtwerken ist nur in Konkurrenz zur BEG möglich. Große Teile des Geschäftszweckes von Eberswalder Stadtwerken werden durch die BEG wahrgenommen. Der Erwerb des Holzkraftwerkes durch den Landkreis ist eine Investition in einen sehr unsicheren Markt. Es sind größte wirtschaftliche Schwierigkeiten zu erwarten. Zu befürchten ist, daß die wirtschaftlichen Probleme auf den verschiedensten Wegen letztlich auf die Bürger abgewälzt werden, sowohl auf die Bezieher von Energielieferungen aus dem HOKAWE als auch auf die Nichtbezieher.

Die Stadt Eberswalde hat beschlossen, ein kommunales Energiekonzept in Auftrag zu geben. Die Aufgabenstellung für diese Konzept bedarf der grundlegenden Überarbeitung. Vom Landkreis muß gefordert werden, ein Energiekonzept gemeinsam mit den Kommunen des Landkreises zu erarbeiten.

ALBRECHT TRILLER

Knapper ging's nicht

Nach neun Monaten Diskussion stand der Kreistag vor der Entscheidung, ob der Erwerb des HOKAWE ein sinnvoller Schritt zur Umsetzung der Null-Emissions-Strategie ist. DIE LINKE stellte sich in Vorbereitung ihrer Entscheidung folgende Fragen:



1) Kann der Betrieb des HOKAWE ökologisch nachhaltig gestaltet werden? Bei der Bewertung der ökologischen Auswirkungen stellt die Verfügbarkeit von ausreichend Holz nur einen Aspekt dar. Holz ist in unserem Wirtschaftssystem ein Wirtschaftsgut wie viele andere. Es wird auf dem Markt gehandelt. Wenn es aus dem nahen Umfeld nicht oder nicht wirtschaftlich beschafft werden kann, wird es auch über größere Wege transportiert. Die Idee eines vorbildlichen regionalen Kreislaufes und der ausschließlichen Verwendung von Holz, das stofflich nicht anders genutzt werden kann, ist mit dem HOKAWE nicht wirklich verlässlich darstellbar.

2) Lassen sich Erwerb und Betrieb des HOKAWE wirtschaftlich positiv darstellen? Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für das HOKAWE beruhen auf dem Erwerb aus der Insolvenzmasse, dem Zufluß der verschiedenen Boni – Energieeinspeisungsgesetz (EEG), nachwachsende Rohstoffe (NAWARO) und Kraft-Wärme-Kopplung – sowie einem Subventionspreis des Landesforst.

Nimmt man nur das reine Zahlenmaterial, ergibt sich für das einzusetzende Eigenkapital eine durchaus akzeptable Kapitalverzinsung. Wir haben uns genau deshalb die Frage gestellt, warum sich trotz der dargestellten möglichen Kapitalverzinsung keine erfahrenen Akteure, die auf dem Energiemarkt tätig sind, ernsthaft um das HOKAWE bemühen bzw. bemühen. Wir gehen davon aus, daß diesen Unternehmen »Erwerb des HOKAWE« in der Abwägung möglicher Unwägbarkeiten in den Annahmen und Bewertungen das Risiko zu hoch ist, denn die dargestellte Wirtschaftlichkeit ist nur durch die vorherige Insolvenz darstellbar. Das ist nicht die Vorstellung der LINKEN von ökologischer, ökonomischer und sozialer Verantwortung, die wir als Landkreis, die jeder einzelne von uns zu tragen hat.

Auch die Fragen nach dem Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises gegenüber einer privatwirtschaftlichen Lösung und ob der Kauf des insolventen HOKAWE ein sinnvoller Beitrag ist, um kommunale Daseinsvorsorge und wirtschaftliche Betätigung zu vereinen und ob dies als Beispiel für nachhaltiges Wirtschaften dienen kann, wurde letztlich von uns mit nein beantwortet.

Was sagt uns die Kommunalverfassung Brandenburg? »Wenn der öffentliche Zweck dies rechtfertigt und Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune und zum tatsächlichen Bedarf stehen, kann die Gemeinde sich wirtschaftlich engagieren.« Der tatsächliche Bedarf ergibt sich aus der Beantwortung der Frage, ob wenn der Landkreis diese HOKAWE nicht übernimmt, dann die Wärme-Strom-Versorgung in den vier Bereichen von Eberswalde, für deren Versorgung es dienen soll, gefährdet ist. Nach Aussage von Vertretern der EWE: nein. Das ökonomische Risiko, welches ohne Zweifel ein privater Dritter eingehen kann, verbietet sich für einen Landkreis in Verantwortung für alle Bürgerinnen und Bürger und auch für alle Gemeinden unseres Landkreises. Alle uns vorliegenden Unterlagen sprechen in ihrer Gesamtheit gegen den Kauf des HOKAWE, weil die damit verbundenen wirtschaftlichen und ökologischen und damit auch letztlich sozialen Risiken für die Bürgerinnen und Bürger, die DIE LINKE für nicht vertretbar hält.

Neben der Fraktion DIE LINKE stimmten weitere 10 Abgeordnete deshalb gegen den Erwerb des HOKAWE in Eberswalde. Da drei Abgeordnete der FDP (die einen Beschluß gegen den Erwerb des HOKAWE gefaßt hatte) dem Kreistag fernblieben, bleibt zu konstatieren, die Ablehnung des Kaufes scheiterte an Grünen und FDP.

MARGITTA MÄCHTIG

SONDER.BAR

Demokratie à la Kreistag Barnim

Der Landrat konnte den Diskussionsprozeß zum HOKAWE gar nicht genug loben:

Eine achtmonatige Debatte sei geführt worden – ursprünglich hoffte Ihrke, die Entscheidung in drei Monaten über die Bühne zu bekommen. Ein Sonderausschuß habe die Unterlagen zur Entscheidungsreife gebracht – aber dieser Sonderausschuß hebelte das Kommunalrecht aus (nicht gewählt, keine repräsentative Zusammensetzung, Arbeit nicht nach Geschäftsordnung, keine Öffentlichkeit ...).

500 Einzelfragen hätten eine qualifizierte Entscheidung bewirkt – aber die Antworten stellten die Entscheidung zumeist infrage.

Mehrfache Überprüfung gutachterlicher Bestandteile als Beweis der Tragfähigkeit – bestellte Gutachten sind eher wertlos, die mehrfache Überprüfung Ausdruck der Zweifel.

Die Bank hat nochmals 3 Büros zur Begutachtung eingeschaltet – das hätte die Abgeordneten eher warnen sollen.

Breite öffentliche Diskussion in den Medien – die Ihrke nicht gewollt, sondern gebremst hat, denn sie war von der Ablehnung des HOKAWE-Erwerbs geprägt.

Ihrkes Hohelied auf die Demokratie bei der Beratung und Entscheidung des HOKAWE-Erwerbs kann niemanden so recht überzeugen.

Nach den Bremsversuchen der öffentlichen Debatte und langem Hinauszögern wurde schließlich der eigentliche parlamentarische Prozeß unter Zeitdruck in Gang gesetzt. Die Einladungen zu Ausschuß-Sondersitzungen wurden nicht fristgerecht versandt. Dies hätte zur Neuansetzung führen müssen. Die Rüge des Mangels wischten die Ausschußvorsitzenden durch eigene Interpretationen der Ladungsfrist zur Seite. Die Abstimmungen zu den Vorlagen waren also gesetzwidrig.

In der Tagesordnungsdebatte zu Beginn der Sonderkreistagssitzung beantragte ich eine Einwohnerfragestunde, laut Geschäftsordnung bei allen Kreistagssitzungen vorgesehen ist. Eine Extraregelung für Sondersitzungen gibt es nicht. Das besondere Einwohnerinteresse war durch zahlreiche Besucher des Kreistages für alle erkennbar. Statt dem Antrag zu entsprechen, ließ der Vorsitzende darüber abstimmen. Eine Mehrheit der KT-Abgeordneten stimmt gegen eine Einwohnerfragestunde, brach damit eigenes Satzungsrecht und brüskierte die Gäste, vor allem diejenigen, die Fragen stellen wollten (z.B. Bernd Pomraenke). Da auch die Ausschüsse zum Thema HOKAWE keine Einwohnerfragestunde durchführten, hatten Einwohnerinnen und Einwohner keinerlei Möglichkeit, während der Sitzungen der verschiedenen Gremien Fragen zu stellen, Meinungen zu äußern oder Vorschläge zu unterbreiten. Man muß schon ein sehr sonderbares Demokratieverständnis haben, solche Praktiken als demokratisches Verfahren zu bezeichnen.

ALBRECHT TRILLER

Arbeitskreis soll's richten

»Eberswalde ist eine weltoffene und tolerante Stadt, in der Rechtsextremismus und Rassismus nicht toleriert werden«, wird Bürgermeister Friedhelm in der lokalen Tageszeitung zitiert (MOZ, 2.3.2012). Deshalb sei jeder öffentlich ausgetragene Streit fatal, der die Stadt in ein falsches Licht rücken könne.

Doch genau damit irrt der Bürgermeister. Es sind gerade die unter Ausschluß der Öffentlichkeit ausgekungelten Kompromisse, die Widerspruch provozieren und latente rassistische Vorurteile hochkochen lassen. Statt die Gelegenheit möglichst still ohne Aufsehen über die Bühne zu bringen, stand die Stadtverordnetenversammlung vor einem Eklat. Während sich die Stadtverordneten bei anderen Angelegenheiten wie Kita- und Schulschließungen regelmäßig unbeeindruckt von öffentlichen Protesten, Bürgerinitiativen und Unterschriften-sammlungen zeigte, war es diesmal anders.

Eine von Finowfurt aus initiierte Initiative hatte Ende März begonnen, Unterschriften gegen die Benennung eines Teils der Eberswalder Straße nach dem Schwarzafrikaner Amadeu Antonio zu sammeln. Eine offene Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Argumenten wurde gescheut. Stattdessen gab die Mehrheit der Stadtverordneten dem »Druck der Straße« nach und erfand einen »Kompromiß«, in dem die Straßenumbenennung nicht mehr vorkam. Konsequenterweise zog die Einreicherin des Antrages Karen Oehler für die Fraktion Bündnis 90/Grüne den zur Unkenntlichkeit veränderten Antrag zurück, womit sie den Rest des Gremiums in tiefe Ratlosigkeit stürzte. Bis Miteinreicher Albrecht Triller als »rettender Engel« in Aktion trat, indem er erklärte, sich an der Zurückziehung nicht zu beteiligen. Mit Mehrheit stimmten die Stadtverordneten schließlich dafür, am 12. August anlässlich des 50. Geburtstages von Amadeu Antonio einen »feierlichen Gedenkkakt« durchzuführen und den Kulturbeirat zu beauftragen, im Mai dem Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration einen Vorschlag zur Bildung eines Arbeitskreises, der »sich mit der Erarbeitung eines Antirassismuskonzeptes befassen soll«, zu unterbreiten. Diese Arbeitsgruppe soll dann »unverzüglich ihre Arbeit« aufnehmen. Die Amadeu-Antonio-Straße ist vom Tisch.

Die Stadtverordneten machten klar, daß alles unklar bleibt. Immerhin aber bietet die Erarbeitung des Antirassismuskonzeptes die Chance, sich gründlicher mit dem tiefstehenden und allgegenwärtigen Rassismus eines durchaus großen Teils der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Allerdings geht's dann ans Eingemachte, wenn offensichtlich wird, daß Rassismus und verdrängtes rechtes Gedankengut nicht zuletzt auch in der sogenannten »Mitte der Gesellschaft« angesiedelt ist. Daher dürfte wahrscheinlicher sein, daß auch dieser Arbeitskreis letztlich nur dazu dient, die abgeplatzte Tynche zu erneuern.

GERD MARKMANN

»Gleichberechtigtes Unrecht«

Eberswalde (bbp). In einem »Offenen Brief« kritisiert Helmuth Adams aus der Finower Heinrich-Rau-Straße, daß Bürgermeister Friedhelm Boginski »hinter verschlossenen Türen« mit den Vorsitzenden der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung über einen Kompromiß zur geplanten Amadeu-Antonio-Straße verhandelt habe. Die veröffentlichten Konsenspunkte ließen »keinerlei Kompromiß erkennen«. Ohne Gründe zu nennen, sei Boginskis Vorschlag, die Straßenumbenennung auf Nebenstraßen zu verlegen, beiseite gelegt worden.

Adams' »begründete Zustimmung« habe die MOZ am 19.3. veröffentlicht, worauf er zahlreiche Anrufe und Briefe bekommen habe. »Bei jedem dieser Kontakte wurde mir volle Zustimmung, Zustimmung mit Ergänzungen bis hin zur totalen Ablehnung einer Amadeu-Antonio-Straße in Eberswalde mitgeteilt.« Besonders beunruhigend seien Äußerungen mehrerer Leute, »daß bei der MOZ-Lokalredaktion mehr Wortmeldungen gegen eine Umbenennung eines Teils der Eberswalder Str. vorliegen als Fürsprachen, die aber auf höherer Weisung nicht veröffentlicht werden dürfen. Wenn sich das bewahrheitet, dann wird in Eberswalde zu Ehren eines Ermordeten die Demokratie lebensgefährlich verletzt.« Belegt wird diese Behauptung von Helmuth Adams nicht, was ihn nicht davon abhält, an »die Verantwortlichen« zu appellieren, »der Bevölkerung umgehend die volle Wahrheit darüber mitzuteilen. Kein wulffen!«

Amadeu-Antonio-Straße wird kommen. Nur wann?

Vor einem Jahr starteten wir die Initiative für die Amadeu-Antonio-Straße in Eberswalde, um die Mahnung an den ehemaligen angolanischen Vertragsarbeiter, der Opfer rassistischer Gewalt wurde, im Alltag zu verankern. Als Zeichen für den weiter nötigen Einsatz zur Überwindung von Rassismus empfahlen wir, zum 50. Geburtstag von Amadeu Antonio am 12.08.2012 einen Teil der Eberswalder Straße umzubenennen. Wie zur Bestätigung der Dringlichkeit des Anliegens tötete im Juli ein Rechtsterrorist in Norwegen 77 Menschen, Ende 2011 schreckte die Mordserie der Thüringer Nazizelle und das Versagen der Sicherheitsbehörden viele Menschen auf.

In Eberswalde weitete sich derweil die Debatte für und gegen die Straßenumbenennung aus. Die Gegner waren aus unterschiedlichsten Gründen entweder strikt dagegen oder unterbreiteten immer neue Vorschläge, wie und wo das ehrende Gedenken an Amadeu Antonio noch würdiger, noch erfolgreicher, noch gebündelter, noch besser und weniger anstößig plaziert werden könnte. Bürgermeister Boginski suchte ab Ende Februar nach einem für alle Seiten annehmbaren Kompromiß und ab Ende März eine deutliche Mehrheit für die Straßenumbenennung. Diese Suche wurde vor der Sitzung des Fachausschusses am 17. April beendet – offenbar nach zunehmend ablehnen-

den Adams bringt weitere Argumente in Stellung: »Gleichberechtigtes« Gedenken für die ermordeten Ulrike sowie für »Bürger unserer Stadt«, die, nach dem Krieg »von sowjetischen Soldaten grundlos ermordet worden« seien. Außerdem droht er damit, daß »die Straßenschilder 'Amadeu-Antonio-Str.' ständig übersprüht« werden. »Auf keinen Fall eine unsinnige, weil sie mit Nachteilen für alle Anlieger verbunden und auch der Verhältnismäßigkeit hohnsprechend ist, Verkürzung der Eberswalder Straße.«

Mit der Idee des »gleichberechtigten ehrenden Gedenkens« ausgestattet hat Adams gleich noch einen Vorschlag parat, mit dem die Erinnerung an die Opfer des Faschismus in Finow entsorgt werden kann. Der dortige VVN-Park solle einen »neuen, erweiterten Sinn« erhalten. In einem »Park der Menschlichkeit« sollen die Opfer des Faschismus mit »den Opfern der sowjetischen Besatzungszeit, den Opfern von Rassismus und den Opfern von Kindesmißhandlungen« in einen Topf geworfen werden, »weil das erlittene Unrecht gleich ist«. Der bündnisgrünen Fraktionsvorsitzenden Karen Oehler schlägt Adams vor, sie solle sich doch besser »um die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Antonios Heimatort« kümmern. Dem Vorschlag der SPD Finow, einen Bürgerentscheid durchzuführen (BBP 4/2012), stimme er zu. An Bürgermeister Friedhelm Boginski appelliert der Briefschreiber: »Lassen Sie die geplante Umbenennung eines Teils unserer Eberswalder Str. nicht zu!«

den Äußerungen und der Formierung einer Bürgerinitiative gegen die Amadeu-Antonio-Straße. Der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung am 26. April beinhaltete zwar die Erarbeitung eines Antirassismuskonzeptes und einen feierlichen Akt zum 50. Geburtstag, jedoch nicht mehr die Straßenumbenennung.

Palanca e.V. und die Kampagne »Light me Amadeu« berieten am 23. April die sich abzeichnende Lage und erklären dazu: Wir begrüßen und unterstützen kommunale Aktivitäten zur Verminderung von Rassismus und zum Gedenken an Amadeu Antonio. Wir bekräftigen unsere ursprüngliche Initiative, weil wir sie vom Ort und vom Zeitpunkt her für richtig halten. Darum wünschen wir uns und Eberswalde weiterhin die Amadeu-Antonio-Straße. Wir sind gewiß, daß die Umbenennung eines Tages kommen wird. Anders als die Bürgerinitiative gegen die Umbenennung in ihren Unterschriftenlisten bis heute behauptet, wollen wir nicht die drei Kilometer lange Eberswalder Straße im Stadtteil Finow umbenennen, sondern ein Drittel davon: den Bereich zwischen Heegermühler Straße und Kopernikusring, weil dort die mörderische Hetzjagd auf Amadeu Antonio geschah und die Heime der Vertragsarbeiter standen.

Barnimer Kampagne »Light me Amadeu«, Afrikanischer Kulturvereins Palanca e.V.

Dein Kiez, dein Block, dein BEET!



Eberswalde (kp/bbp). Zum Start in die Gartensaison hatte die Initiativgruppe »Gemeinschaftsgarten Zusammenwachsen« interessierte und gartenlustige BewohnerInnen der Stadt, insbesondere des Brandenburgischen Viertels, in den Garten des Alnus e.V. in der Schorfheide Straße (Alter Schulgarten) eingeladen.

Am 20.04. und am 21.04. durfte hier erstmals selbst Hand angelegt werden: Beete ziehen, nach Belieben säen und bepflanzen und dabei gleich die zukünftigen MitgärtnerInnen kennenlernen!

Im Bereich der Grundschule Schwärzese kann der Gemeinschaftsgarten entgegen der ursprünglichen Planung wohl erst 2014, d.h. nach Abriss des derzeitigen Grundschulgebäudes, erblühen. »Umso mehr danken wir dem Al-

nus e.V. für seine Kooperationsbereitschaft und die Möglichkeit, daß die Gemeinschaftsgärtner hier im Alnus-Garten Anbaufläche nutzen können!«, sagt Kati Partzsch von der Initiativgruppe.

Gut 30 Leute kamen an den ersten beiden Tagen. Das aktive Treiben hatten auch Vorbeigehende bemerkt. Eine ältere Frau, sie hatte erst vor kurzem ihren Garten am Finowkanal aus Altersgründen abgegeben, nutzte die Gelegenheit, um sich für ein eigenes Beet anzumelden. Sie wurde mit offenen Armen empfangen. Ihre reicher Erfahrungsschatz als Gärtnerin dürfte sie schnell zur gefragten Ratgeberin im Gemeinschaftsgarten machen, meint Kati Partzsch. Die Initiativgruppe »Gemeinschaftsgarten Zusammenwachsen« ist ein Teil der WandelBar-Initiative.

Pflanzen: Auf zum Bahnhof, fertig, los!

Aktion Grüner Bahnhof startet am ersten Mai-Sonntag

Eberswalde (wandelBar). Am Sonntag, den 6. Mai wird der Vorplatz des Eberswalder Hauptbahnhofs zur Gartenoase! Hinter dieser Aktion steht wandelBar, die Barnimer Kultur- und Energiewende-Initiative (BBP 3/2012).

Für ein Gedeihen des vorübergehenden Gartens mit Gartencafé und buntem Programm kommt es nun auf die Eberswalder Bürger an: Begrünen Sie mit und leihen Sie dem Platz für zwei Tage Ihre Topfpflanzen! Für die ersten 100 gibt es je eine junge Gemüsepflanze geschenkt.

Die zum Bahnhof »angereisten« Topfpflanzen werden am Sonntag den 6. Mai ab 14 Uhr von dem Eberswalder Landschafts- und Gartenarchitekten Andreas Timm zu einem Gartenparadies arrangiert. »Damit keine Pflanze verloren geht, wird jede von ihnen gekennzeichnet und der Name des Eigentümers aufgenommen. Auch wird vor Ort rund um die Uhr auf die Pflanzen aufgepasst«, erläutert Ingo Frost, Mitinitiator der Aktion Grüner Bahnhof. Bis zum Nachmittag am Montag den 7. Mai verbleiben die Pflanzen dann am Bahnhof. Dort können sie gegen 16 Uhr wieder abgeholt werden.

Der Forstbotanische Garten Eberswalde, welcher die größten Pflanzen beherbergt, ist Unterstützer der Aktion. Als solcher wird er seinen »grünen Schätzen«, die derzeit noch in

Gewächshäusern überwintern, einen Ausflug zum Bahnhof spendieren. Mit den meisten Pflanzen dagegen warten die Eberswalder Kleingärtner auf, die sich ebenfalls an der Aktion beteiligen und am Veranstaltungsort über das Gärtnern informieren werden.

Ein Programmhilighlight am Sonntag: Um 20.30 Uhr wird auf dem Bahnhofsvorplatz eine Film Premiere stattfinden. Der brandneue Film »In Transition 2.0« (OmU; 65min) zeigt dabei wunderbare Beispiele der weltweiten Transition-, d.h. Energie- und Kulturwende-Bewegung, ihre Vielfalt und positive Kraft sowie konkrete Projekte vor Ort.

Über WandelBar

WandelBar ist eine von weltweit ca. 1000 Transition Town-Initiativen, mit der Bürgerinnen und Bürger regionalen Wandel auf den Weg bringen. Im Kontext vom Klimawandel und Ressourcenkrisen werden nachhaltige Konzepte vor Ort umgesetzt, dabei nimmt auch das lokale Gärtnern und die Selbstversorgung einen hohen Stellenwert ein. Mit positiven Zukunftsbildern werden die Herausforderungen, vor denen wir stehen, angenommen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestaltet.

Aktuelle Informationen und Programm unter: <http://stadt-und-land-im-wandel.de/?p=771>

Hanf ist nicht immer Droge

Die Bundestagsabgeordnete Cornelia Behm (B90/Grüne) besuchte kürzlich die Firma bioformtex in Zehdenick. Dort werden Naturfasern wie Hanf, Flachs, Jute und Sisal zu Dämmstoffen und Baumaterialien verarbeitet. Neben einem Blick auf die Produktion wollte sie erfahren, woher die Rohstoffe bezogen werden und welche Vermarktungschancen die Erzeugnisse haben. »Besonders interessant für mich ist, daß die Naturfasern aus ökologischem Anbau sind. Denn daß Biobetriebe nachwachsende Rohstoffe in ihre Fruchtfolge einbauen, ist mir noch nicht so häufig begegnet.« betont Cornelia Behm.

Die Produktpalette reicht von Matten und Dämmfilzen für die Gebäudedämmung bis hin zu Geweben und Schnüren für den Innenbereich. Auch in der Tierhaltung und im Gartenbau können die Produkte eingesetzt werden. Materialien aus natürlichen Rohstoffen finden zunehmend Absatz, weil sie antiallergisch, atmungsaktiv, angenehm im Design und äußerst strapazierfähig sind. »Sie haben aber zudem noch den unschätzbaren Vorteil, daß sie CO₂ binden und mit erheblich geringerem Energieeinsatz hergestellt werden, als bspw. Dämmstoffe aus Glas- oder Steinwolle. Allerdings sind die Herstellungskosten auch höher, was sich zwangsläufig im Preis niederschlägt. Den Klimaschutzeffekt sollte die Bundesregierung in geeigneter Weise entgelten, z.B. indem die Preisdifferenz zu konventionellen Produkten gemildert wird. Das würde sehr schnell deutlich mehr Kunden für den Markt ökologischer Bau- und Dämmstoffe erschließen«, so Behm.

BRITTA DUILLE

Ganzheitliche Landnutzung

Tierhaltung muß tier- und umweltgerecht erfolgen. Sie darf sich nicht nur an ökonomischen Belangen orientieren. Die Bürger müssen stärker bei der Planung von Tierhaltungsanlagen beteiligt werden. Außerdem sind Öffentlichkeits- und Bildungsmaßnahmen notwendig, um die Verbraucherinnen und Verbraucher auf den Konflikt der intensiven Tierhaltung hinzuweisen. Eine Verbindung dieser einzelnen Aspekte ist durch eine umfassende Landnutzungsstrategie möglich, in der nicht nur Tierschutzaspekte aufgegriffen werden. Sie soll zudem einen Beitrag zur Transparenz der unterschiedlichen Flächenansprüche leisten. Nur mit Offenheit können wir Konflikten entgegenwirken und Übereinkünfte finden.

In Bezug auf große Tierhaltungsanlagen ist eine klare Unterscheidung zwischen Tierwohl und Auswirkungen auf Mensch und Umwelt notwendig. Die Anzahl der Tiere in einer Anlage spielt eine große Rolle, wenn es um die Beurteilung der Belastung von Mensch und Umwelt geht. Doch sollte es unter Tierschutzaspekten nicht primär um die Tieranzahl gehen, sondern um die Art und Weise ihrer Haltung. Eine umfassende Landnutzungsstrategie kann viele der genannten Aspekte verbinden und als fundierte Entscheidungsgrundlage dienen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Jugend unterwegs

Der Sommer naht. Jugendliche können sich für Fahrten, Freizeiten und Treffen der evangelischen Jugendarbeit Barnim noch anmelden, wie immer unabhängig von Herkunft, Prägung oder Glauben. Es geht dabei neben Spaß und Erholung um neue Erfahrungen, respektvolle Begegnungen und die Erweiterung des Horizonts. Bedenkenlos können zu Hause bleiben: Langeweile, Rauschmittel und die meisten technischen Geräte.

Wer gespannt ist auf interessante und aktive Leute, ist dabei genau richtig. Die recht günstigen Teilnahmebeiträge werden ermöglicht durch Förderung vom Kirchenkreis und vom Landkreis Barnim.

Hier sind noch einige Plätze frei, eine rasche Anmeldung ist zu empfehlen:

08.-10.06. LandesjugendCamp in Kleinzerlang (bei Rheinsberg), Thema »Im Kleinen ganz groß«, ab 14 J.

24.06.-01.07. Sommerfreizeit am Tharandter Wald bei Dresden, Thema »Auf der Suche nach...«, 13- bis 16-jährige

08.-21.07. Jugendfreizeit in Vicchio / Toscana / Italien, 14- bis 17-jährige

20.-30.07. Internationales Jugendtreffen / Leben in der Kommunität von Taizé/Frankreich, ab 16 J.

30.07.-04.08. SurfCamp in Geierswalde bei Senftenberg, ab 15 J.,

17.-19.08. Kreisjugendfahrt in Richtung Ostsee, ab 15 J.

Mehr Informationen bei den Kreisjugendwarten Heinrich Oehme (heinrichoehme@gmx.de) und Dieter Gadischke (kjm-bernaul@web.de), für die Freizeit in Italien bei Pfarrer Christoph Brust (christoph.brust@kirche-biesenthal.de), teilweise auch im Jahresplaner der evangelischen Jugend unter www.ejbar.de bzw. im Jugendkeller Eberswalde, Eisenbahnstr. 84 oder im Jugendtreff Offene Hütte in Bernau, Kirchplatz 10.

DIETER GADISCHKE

Chorin bekennt sich

Es ist eine mutige Entscheidung, die wir als Choriner Gemeindevertreter getroffen haben. Mit der Übernahme des Klosters Chorin in ihre Trägerschaft bekennt sich die Gemeinde zu ihrem Kloster. Das Land Brandenburg und die Gemeinde Chorin tragen gemeinsam die Verantwortung für diesen touristischen Leuchtturm im Landkreis Barnim. Das Land übernimmt laut dem im Entwurf vorliegenden Besitzüberlassungsvertrag die Bauunterhaltung und gleicht Verluste aus. Das ist eine sehr gute Ausgangsposition für die Gemeinde. Das entbindet uns jedoch nicht von der Pflicht, mit den Einnahmen verantwortungsvoll umzugehen und neue Einnahmemöglichkeiten zu prüfen. Dieser Aufgabe stellen sich die Gemeindevertreter.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Doppelte Kosten – doppelte Leistung

Neues Verfahren zur Erdverkabelung von 380-kV-Leitungen

Müden (bbp). Die Rennert Kraftwerke GbR ist ein Ingenieurbüro im niedersächsischen Müden an der Aller, das sich seit den 80er Jahren mit Wasser- und Windkraftanlagen befaßt. Dieses Büro hat sich mit einem Planungsbegehren an die Bundesnetzagentur und an die Plattform »Zukunftsfähige Energienetze« gewandt.

Dabei handelt es sich um ein muffenloses 380 kV Drehstrom Erdkabelsystem mit hoher Übertragungsleistung in besonders platzsparender bipolarer Verlegung, bei der sich die Magnetfelder gegenseitig fast völlig neutralisieren. Das System eignet sich für eine bundesweite Vollverkabelung von Dänemark bis Bayern und von Holland bis Polen seitlich entlang von Wasserstraßen und Küstenlinien.

»Das von uns entwickelte muffenlose Prinzip«, beschreibt Claus Rennert seinen Vorschlag, »beruht auf 3 km langen und mit Endverschlüssen fertig angeschlagenen Kabelmodulen. Aufgrund der zulässigen Biegeradien ergeben sich 61 Tonnen schwere Kabeltrommeln mit 8,5 m Durchmesser,

Fabrik unter Reinraumbedingungen mit Kabelendverschlüssen konfektioniert und TE-geprüft. Auf die aufwendige Höchstspannungsprüfung im Feld könne verzichtet werden. »Gekoppelt werden die Kabel alle drei Kilometer in kleinen Koppelstationen. Hier werden die Schirme ausgekreuzt und die integrierten Lichtwellenleiter in adressierten Monitoringboxen verlinkt, sodass sich die Module selbst überwachen können und die Fehlerlokalisation im Millisekundenbereich stattfinden kann. Im Fehlerfall werden die Module komplett ausgetauscht.« Die Lebensdauer der Kabelsysteme könne mit diesen Maßnahmen von 40 auf über 80 Jahre mehr als verdoppelt werden, insbesondere durch konsequente Reinraumfer-



die zwar kaum über Straßen, dafür aber sehr leicht und preiswert über das dichte europäische Wasserstraßennetz transportiert werden können. Da an diesen Wasserstraßen die wesentlichen Kraftwerke, Häfen, Bahnlinien, Städte, Großverbraucher und somit die industriellen Lastzentren liegen, macht es auch Sinn, die Kabel gleich im Nahbereich der Wasserstraßen einseitig oder beidseitig zu verlegen und die Lastschwerpunkte mit diesem leistungsstarken System zu verknüpfen.«

Die Offshore Energie beispielsweise könnte damit schon ab dem Anlandepunkt gleichmäßig entlang dieser Industriekette verteilt werden, statt sie erst mit großen Verlusten über weite Strecken zu transportieren und dann mit weiteren Verlusten wieder zu verteilen. »Das System kann die erneuerbaren Energien wirkungsvoll transportieren, den europäischen Stromhandel unterstützen und auch die Versorgungssicherheit aufrecht erhalten, die durch den Verkauf der Netze an Investmentgesellschaften stark gefährdet ist.« Die Kabel, so Rennert, würden bereits in der

Reinraumfertigung, das Modulmonitoring und den Wegfall der Muffen. »Alle 30 km wird das System in einer Verteilerstation mit Drosseln kompensiert, sodass unbegrenzte Leitungslängen möglich sind. An diesen Kompensationspunkten kann die Energie über Leistungstransformatoren in das 110 kV bzw. in das Bahnnetz ausgekoppelt werden, sodass es sich nicht nur um ein reines Übertragungsnetz sondern um ein dezentrales Übertragungs-, und Einspeisetz handelt.« Das System aus zwei voneinander unabhängigen Strängen koste doppelt soviel wie ein Freileitungssystem, hat aber die doppelte Übertragungsleistung.

»Fazit: Die Vollverkabelung ist möglich und auch der schnellere und letztlich kostengünstigere Weg zum Netzbau. Das vorgeschlagene muffenlose, modulare System überwacht sich im condition-monitoring Verfahren selbst, ist n-1 fähig, wartungsfreundlich, umweltfreundlich, nicht landschaftserheblich, bürgerfreundlich, gesundheitlich unbedenklich, vogelfreundlich, ballonfahrerfreundlich, hubschrauberfreundlich, spannungsstützend und stützt die derzeit noch gute Versorgungssicherheit. Zudem vermeidet sie das Erzeugungsmanagement von Windkraftanlagen und erleichtert den europäischen Stromhandel. Die Genehmigungsdauer ist deutlich kürzer und die Arbeiten könnten noch 2012 beginnen.«

Keine »Faulen Ostereier«

Eberswalder Familiengarten ohne Ein-Euro-Jobs

Der Erwerbslosenausschuß des ver.di Bezirkes Uckermark-Barnim kann das populistische Getöse des Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski(FDP) zu den avisierten Leistungsreduzierungen und Programmeinschränkungen im Eberswalder Familiengarten weder sachlich noch fachlich nachvollziehen. Gleiches gilt für die seit Anfang April geschlossenen Eberswalder Grünanahmestellen.

Nach dem Grundsatz »Haltet den Dieb« wird das Jobcenter Barnim und die Eberswalder Agentur für Arbeit zum Schuldigen in der derzeitigen mißlichen Lage insbesondere für die bisherigen und potentiellen BesucherInnen des Familiengarten und den bisherigen NutzerInnen der Eberswalder Grünanahmestellen erklärt.

Damit lenkt man geschickt von seinen eigenen Defiziten in der Personalpolitik des Eberswalder Rathauses insbesondere im federführenden Verwaltungsdezernat und des Amtes für Öffentliche Beschäftigungsförderung und Freiwilligendienste ab.

Dazu sei angemerkt, daß es weder originäre Aufgabe des Jobcenters noch der Arbeitsagentur ist, als »Leiharbeitsfirma« für das in der Eberswalder Stadtverwaltung eingesparte und reduzierte Personal zu fungieren. Wir unterstützen ausdrücklich die Haltung der Fachverbände aber auch des Jobcenters und der Bundesagentur für Arbeit in der Vergabe von Leistungen in der öffentlichen Beschäftigungsförderung insbesondere an Kommunalverwaltungen strengere Kriterien und Maßstäbe anzulegen als bisher. Den Einsatz von MAE-Kräften als »ArbeitsklavInnen« zur Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir strikt ab. Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß der massive Einsatz von Ein-Euro-JobberInnen weggefallene Arbeitsplätze in den öffentlichen Verwaltungen kompensiert, aber in aller Regel keine Brückenfunktion für die Betroffenen in den ersten Arbeitsmarkt darstellen.

Kupferhammerweg

Eberswalde (bbp). Auf eine Summe von 150.000 bis 200.000 Euro beläuft sich der Schaden an der neu gebauten Straße im Kupferhammerweg. Trotz der bereits viele Monate andauernden Sperrung ist eine Reparatur nicht in Sicht. Der städtische Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff teilte jüngst mit, daß man gemeinsam mit dem Wasser- und Schiffsamt Eberswalde (WSA) versuche, »schnellstmöglich eine Lösung zu finden«. Der Stadtverwaltung liegen inzwischen drei unterschiedliche Gutachten zu den Ursachen des Schadens vor. Dennoch seien die Untersuchungen noch immer nicht abgeschlossen. Außerdem könne das WSA in dieser Angelegenheit nicht allein entscheiden. Vielmehr müsse die Wasser- und Schiffsamtsdirektion Magdeburg mit eingebunden werden. Eine schnelle unbürokratische Reparatur, deren Kosten dann später dem Verursacher auferlegt werden, liegt allerdings außerhalb des Vorstellungsbereiches.

Der Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes (TVöD) bietet genug Möglichkeiten, um bei existenzsichernder Entlohnung und angemessenen Arbeitsbedingungen befristet Arbeitskräfte und übergangsweise in Notsituationen auch geringfügig Beschäftigte für den Familiengarten einzustellen. Dies ist äußerst wichtig und dringend notwendig, um für die Gäste des Eberswalder Familiengartens ein qualitatives hochwertiges Angebot bereitzustellen.

Daß man bei Bedarf durchaus sehr schnell handeln kann, bewies die Verwaltungsspitze bei einer zeitnah realisierten befristeten Einstellung, als es darum ging, den längeren krankheitsbedingten Ausfall der Pressesprecherin im Eberswalder Rathaus zu kompensieren. Es gilt zugleich sehr kritisch zu hinterfragen, ob es originäre Aufgabe der Stadtverwaltung Eberswalde sein kann, kostenlose Grünanahmestellen zu betreiben. Insbesondere wenn dies mit »Arbeitsklaven« in der öffentlichen Beschäftigungsförderung geschieht.

Hier sollte mit dem Bezirksverband der Kleingärtner, der Freiwilligenagentur der Barnim-Uckermark Stiftung aber auch mit der ehrenamtlichen Arbeitsgemeinschaft ALNUS e.V. der Eberswalder Hochschule für Nachhaltige Entwicklung(HNEE) nach zeitnahen und machbaren Lösungen für die zur Zeit frustrierenden Eberswalder Kleingärtner gesucht werden.

CARSTEN ZINN, Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Bezirk Uckermark/Barnim und Sprecher des Erwerbslosenausschusses im ver.di-Landesbezirkes Berlin/Brandenburg

Kinderbuchillustrationen

Eberswalde (prest-ew). Am Mittwoch, dem 9. Mai, 15 Uhr, wird anlässlich der Preisverleihung zum 24. Tag der Kinder- und Jugendliteratur im Landkreis Barnim in der Kleinen Galerie der Stadt Eberswalde im SparkassenForum eine neue Ausstellung eröffnet.

»Schnipsel, Skizzen, Bücher – Originale Bilderwelten von Julia Friese« so lautet der Titel der Ausstellung, die die 1979 in Leipzig geborene vielseitige Berliner Künstlerin zeigt.

Die Ausstellung ist bis zum 8. August zu den Öffnungszeiten der Sparkasse Barnim in der Michaelisstraße Montag Freitag von 8.30 bis 16 Uhr, Dienstag und Donnerstag von 8.30 bis 18 Uhr und Mittwoch von 8.30 bis 13 Uhr zu sehen.

Wünsche zu Führungen können bei der Kulturamtsmitarbeiterin Kerstin Neidhardt unter Telefon 03334 / 64 418 angemeldet werden. Ausführliche Informationen zur Künstlerin gibt es unter www.juliafriese.com.

Fliegerhelden geehrt



Am 6. April trafen sich um 10 Uhr auf Einladung der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde Einwohner und Gäste unserer Stadt auf dem sowjetischen Garnisonfriedhof in der Heegermühler Straße, um an die Heldentat der beiden sowjetischen Piloten Boris Kapustin und Juri Janow zu erinnern.

Am 6. April vor 46 Jahren hatten sie sich entgegen dem Befehl aus der Leitstelle nicht aus ihrem defekten Kampffjet katapultiert. Sie verhinderten so einen Absturz der Maschine auf bewohnte Gebiete von Berlin-Spandau. Mit einer stillen Kranzniederlegung wurden die dabei ums Leben gekommenen Piloten geehrt.

Neben Vertretern der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. legten auch Frau Edeltraud Schröder für die Stadt Eberswalde und Herr Klaus-Jürgen Fahrak vom Vorstand des Stadtverbandes Die Linke ein Blumenbinde nieder.

Weiterhin nahmen Vertreter der Stadt Bernau und der Gruppe »Kontakt« Eberswalde an der Ehrung teil.

WALDEMAR HICKEL

Jugend und Parlament

Jugend und Parlament ist die Großsimulation des Planspiels »Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren«, das der Deutsche Bundestag in diesem Jahr vom 9. bis 12. Juni 2012 durchführt. Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) gehört zu den teilnehmenden Bundestagsabgeordneten, die einen Platz an einen von 312 Jugendlichen vergeben kann.

Im Verlauf lernen die TeilnehmerInnen und Teilnehmer die Arbeitsweise des Deutschen Bundestages kennen und erhalten durch selbständiges Handeln lebendige Einblicke in dessen Abläufe und Funktionen. In fiktiven Fraktionen, Landesgruppen, Ausschüssen usw. diskutieren die »Abgeordneten« vier Gesetzesvorlagen und arbeiten an einer gemeinsamen Linie, die sie gegenüber den anderen Fraktionen vertreten. Am Ende werden die Empfehlungen der federführenden Ausschüsse im Plenum debattiert und die Gesetzentwürfe zur Abstimmung gebracht.

Interessierte Schülerinnen und Schüler ab der 10. Klasse können sich im Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann unter wkb-d.enkelmann@t-online.de anmelden. Rückfragen bitte unter 03338-459543.

BÄRBEL MIERAU

Prager Peinlichkeiten

In den Jugenderinnerungen der Kanzlerin, aus denen sie selten und in knapper Dosierung plaudert, kommen auch ein paar Monate vor, die sie als junge Wissenschaftlerin in Prag verbrachte zum Behufe des Austauschs von Erfahrungen physikalischer Natur.

Unlängst zitierte eine sächsische Regionalpostille aus einem Gespräch mit ihr, in dem nicht nur von ihrer aufrichtigen Freude über die Wahl eines gewissen Herrn Gauck, vom Volke zärtlich »Jesus des Nordens« und »Küsten-Jesus« geheißen, zu lesen war, sondern eben auch was über die Goldene Stadt, wo sie, dank einiger Brocken Tschechisch, verhindern konnte, daß sie die Kellner zu arg übers Ohr hauten. Zum Erinnerungskanon gehört auch, daß – was wahr ist, ist wahr – der DDR-Deutsche die Krone zu einem miserablen Kurs und nur in begrenzter Menge eintauschen konnte, während die Bundis vielfach besser dran waren. Unsererins hat das zwar auch erzürnt, aber nur wenige waren schäbig genug zu tun, was die damalige FDJ-Sekretärin (Agitprop) praktizierte. Sie habe, und zwar »ständig«, Ausschau gehalten nach Westtouristen, um sich von denen auf ein Bier einladen zu lassen.

Um Beleidigungsklagen vorzubeugen, wage ich nicht, dies etwa Prostitution zu nennen, aber daß es sich um buhlenden Bettel handelte, darf und muß gesagt werden. Zeitchen ist vergangen seither, und wer in seinen jungen Jahren ohne Fehl und Tadel lebte, möge sich melden.

Das eigentliche Problem liegt in der Peinlichkeit, daß die Kanzlerin das Andienen bei den Reichen ohne auch nur einen Anflug von selbstkritischer Kommentierung zu Protokoll gibt. Die Proportionen haben sich ja auch verändert, heutigentags läßt sie Ackermann zum Abendmahl ins Kanzleramt, aber die Konstellation von damals hat die Jahre überdauert. Hie die Abhängige, da der, der letzten Endes den Kurs angibt, nicht nur den der Krone.

Vielleicht, war sie im Prager Labor geliebt und emsig beim weiteren Forschen, war angelas Ehrgeiz mit einem noblen Preis belohnt worden, abzuholen in Stockholm. Aber sie wollte ja unbedingt Gruppenratsvorsitzende von Deutschland werden...

Dr. STEFFEN PELTSCH

Hoffnungen auf Abriß

Eberswalde (bbp). Während es zur Bauruine »Specht« im Brandenburgischen Viertel wenig Neues zu vermelden gibt, gibt es bei der alten EDEKA-Kaufhalle an der Kyritzer Straße dank des beharrlichen Mühens des Baudezernats Hoffnungen auf eine mittelfristige Lösung, teilt der Ortsvorsteher des Viertels Carsten Zinn mit. Diese bestehen allerdings nicht in einer Nachnutzung, sondern sehr wahrscheinlich darin, daß das Grundstück mit Gebäude an die Stadt übereignet wird, die dann den Abriß der leerstehenden Kaufhalle organisiert.

Die Leningrader Sinfonie

Am 5. März 1942 wurde das bekannteste Werk von Dmitri Schostakowitsch, die Leningrader Sinfonie, in Kuibyschew (seit 1990 wieder Samara) uraufgeführt. Noch war Leningrad belagert, noch stand die Deutsche Wehrmacht nicht weit vor Moskau, als das Orchester des Bolschoi-Theaters unter Leitung von Samuil Samossud erstmalig das Werk spielte, das wie kein zweites weltweit zum Fanal des sowjetischen Widerstandes gegen den faschistischen Überfall wurde.

In kurzer Folge gab es weitere Aufführungen an symbolträchtigen Orten. Die Moskauer Erstaufführung in Moskau am 27. März 1942 soll trotz Luftalarms ohne Unterbrechung gespielt worden sein. Kein Zuhörer verließ angesichts der fesselnden Musik den Saal. Am 22. Juni, dem ersten Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion wurde die Sinfonie in London gespielt und am 19. Juli unter Leitung von Arturo Toscani in New York.

Das Konzert im belagerten Leningrad fand am 9. August 1942 statt und wurde von allen sowjetischen Rundfunksendern übertragen. Ein Sonderflugzeug hatte durch die deutsche Luftblockade hindurch die Orchesterpartitur

in die belagerte Stadt gebracht. Mit der Arbeit an der Sinfonie hatte Schostakowitsch schon vor dem Einfall der Faschisten begonnen. Die ersten drei Sätze entstanden im umkämpften Leningrad, bis der Komponist im Oktober 1941 evakuiert wurde. Er vollendete diese Sinfonie in vier Sätzen in Kuibyschew an der Wolga.

Schostakowitsch war damals 36 und doch schon seit langem weltbekannt. Diese Bekanntheit hatte ihm schon seine erste Sinfonie aus dem Jahr 1926 verschafft, als er gerade 19 Jahre alt war.

Er war ein großer Künstler und trug viel mit dazu bei, die Menschen während des Krieges zu stärken, seelisch und moralisch. Schostakowitsch sah die Verteidigung des Vaterlandes, der Sowjetunion und des Friedens als notwendig an. Ihm gelang es, dies musikalisch umzusetzen, ohne zum Apologeten der Diktatur zu werden. Seine Musik trug dazu bei, die Massen zum Kampf gegen die Aggressoren zu mobilisieren.

So kann man den großen Komponisten als einen Kämpfer des Friedens und des Sozialismus sehen.

NORBERT GLASKE

Freundschaftsgesellschaft feiert Jubiläum

»20 Jahre Einsatz für Freundschaft und Völkerverständigung«

Am 31. März beging die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft Eberswalde im Hotel »Am Brunnenberg« ihr 20-jähriges Bestehen. Der Vorstand hatte eingeladen und die Freundschaftsmitglieder kamen, um sich über den langen Weg seit der Gründung ihres Vereins am 18. März 1992 im »Gasthaus am Walde« in der Brunnenstraße zu informieren. Der Vorsitzende, Herr Waldemar Hickel, konnte in seiner Eröffnungsrede den Vorsitzenden des gleichnamigen Landesverbandes, Herrn Bernd Muck, und als weiteren Vertreter des Landesverbandes den Leiter des Arbeitskreises »Sowjetische Ehrenmale und Friedhöfe«, Herrn Dr. Wolfgang Ditting, sowie von der Gruppe »Kontakt« Frau Irina Dessert recht herzlich begrüßen.



Danach brachte eine Solistengruppe unter der Leitung von Herrn Wagner klassische Musik zu Gehör. Anschließend wurden viele Anwesende für ihre aktive Freundschaftsarbeit mit Ehrenurkunden und -geschenken ausgezeichnet. Mit Kaffee und leckerem Kuchen stärkte man sich für den Festvortrag, der einen beeindruckenden Rückblick über 20 Jahre erfolgreiche Freundschaftsarbeit darstellte.

Das kontinuierliche Vereinsleben bot den Mitgliedern und Gästen vielseitige Veranstaltungen, die stets gut besucht waren. Dabei

wurden immer wieder neue Ideen entwickelt, die zu einer qualitativen Bereicherung beitragen. Hauptanliegen war dabei stets das Wirken für Freundschaft mit den Völkern der ehemaligen Sowjetunion, was in Gedenkfeiern zum 8. Mai und 6. April (Ehrung der sowjetischen Flieger Kapustin und Janow) sowie in vielen anderen Veranstaltungen Ausdruck fand.

Trotz des überwiegend hohen Alters der Mitglieder und des damit verbundenen Gesundheitszustandes fühlen sie sich weiterhin fest mit dem Verein verbunden. Dafür dankte ihnen der Vorsitzende herzlich. Gemeinsam wurde auch ein selbst verfaßtes Lied nach der Melodie »Da hat vor 20 Jahren noch keiner dran gedacht« gesungen. In froher Atmosphäre klang die Veranstaltung mit regem Gedankenaustausch bei einem gemeinsamen Abendessen aus. Man war sich einig – wir machen weiter!

Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde

Verhältnis zu Hartz IV überdenken

Berlin (de/bbp). Allein gegen die Stimmen der LINKEN und des bündnisgrünen Abgeordneten Hans-Christian Ströbele lehnte der Bundestag am 26. April den Antrag ab, »Sanktionen im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und Leistungseinschränkungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch abschaffen« (BT-Drs. 17/5174). Diese war von der Fraktion DIE LINKE eingebracht worden. Das Sozialgesetzbuch sieht Sanktionen vor, mit denen das ohnehin niedrige ALG II schrittweise gekürzt werden kann – bis hin zur kompletten Streichung.

»Die Sanktionen sind unverhältnismäßig, sie schikanieren die Betroffenen und grenzen diese sozial aus. Außerdem werden sie gezwungen, schlecht bezahlte, prekäre Jobs anzunehmen«, erklärt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar

Enkelmann. DIE LINKE bleibe dabei, alle Sanktionen im Bereich Hartz IV sowie die Leistungseinschränkungen bei der Sozialhilfe abzuschaffen.

Enkelmann fordert darüber hinaus vor allem SPD und Grüne auf, ihr Verhältnis zu Hartz IV zu überdenken. »Es reicht nicht aus, sich aktuell vor den Fernsehkameras zu empören, daß das geplante Betreuungsgeld auf die Regelleistung angerechnet werden soll, oder sich über Auswüchse bei Hartz IV zu beklagen. Für diese Auswüchse haben SPD und Grüne die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Daran wird DIE LINKE diese Parteien immer erinnern. Wir aber sind auch dafür, eine Brücke zu bauen, wenn SPD und Grüne zur Erkenntnis kommen, daß Hartz IV falsch ist und abgeschafft gehört.«

Neugier – Liebe – Revolution

Der Autor liest aus dem jüngsten seiner 15 Bücher und stellt sich den Zuhörern. Er gibt Rechenschaft und Antwort auf Fragen.

Aus dem Inhalt: Die Eltern raubten mir die Neugier nicht. Kinderparadies. Trotzdem ins Böse verstrickt. Das große Feuer: Sprengbomben, Brandbomben und kein Wasser. Heiße und kalte Asche. Beginn des Lernens. Studium und Jugendverband. Zum Agenten gestempelt. Auf Baustellen. Juni 53 und August 61. Endlich ohne Abteilungsleiter. Im Hause des Mini-

sterrats. Drei Kinder. Katrin hat mich ausgehalten. Direktor schmeißt mich raus. Erfinderschulen in der DDR und in Bayern. Die Stasi und meine Wenigkeit. Schülerstreik in Storkow. Runder Tisch »Bildung für Brandenburg« und »Eltern für Kinder eV«. Praktikum in Landespolitik: 106 000 Unterschriften verschwinden. Wie weiter mit uns? www.rainer-thiel.de

Am 6. Mai (Sonntag) 17 Uhr im Friedensdorf Storkow, (Karlsruher Straße). Eintritt frei

Der Schönholzer Lügenbaron

5. Mai 2012, Samstag, Der Schönholzer Lügenbaron – (Vortrag und 5 km Wanderung)

Die Teilnehmer erwartet ein Dorfspaziergang in und um Tuchen, einem Ortsteil der Gemeinde Breydin. Nach einem bilderreichen Einführungsvortrag in der Fachwerkkirche Tuchen startet Winfried Mikeska eine geführte Wanderung bis zur Schönholzer Mühle. Auf dem Rückweg erfolgt eine Mittagsrast mit Soljanka, Stockbrot und Kaffee. Dabei gibt es kuriose Geschichten vom Schönholzer Lügenbaron zu hören. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200!

Treff: 10 Uhr Fachwerkkirche, 16230 Tuchen Breydin; Gebühren: Erwachsene 2,40 Euro, ermäßigt Kinder, NaturFreunde und Freienwalder Kurkarteninhaber 1,20 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Jubiläumsveranstaltung

6. Mai 2012, Sonntag, 10 Jahre Wanderfalken, 7 Jahre NaturFreunde

Treff: 15 Uhr Köhlerei 16259 Bad Freienwalde. Zu Kaffee, Kuchen und Live-Musik sowie einem kleinen Rückblick laden die NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. alle Mitglieder, Weggefährten, Sympathisanten und Freunde ein. Statt Blumen bitte lieber unsere Spendendose füllen für die weitere Arbeit

Kanu-Tour

13. Mai 2012, Sonntag, Kanu-Tour durch das Schiffshebewerk

NaturFreund Karsten Förster vom gleichnamigen Kanuverleih in Oderberg führt heute eine Paddeltour mit ausreichend Pausen zum Schiffshebewerk durch (ca. 4 Stunden).

Start: 13.30 Uhr oberhalb Schiffshebewerk, direkt am Kanal, vor der Klosterbrücke. Einweisung, dann zum Hebewerk und mit dem Schiffsfahrstuhl 36m in die Tiefe, Paddeln bis zur Lieper Brücke (ca. 30 min) dort aussteigen Füße vertreten und Kaffeepause, danach ca. 1,5 h mit dem Kanu entlang der Hügelkette und dem Oderberger See nach Oderberg. Ziel ist der Kanu Verleih in Oderberg am alten Schaufelraddampfer »RIESA«. Rückfahrt zum Startplatz möglich oder einige sind schon 13 Uhr beim KanuVerleih und fahren gleich mit zur Einsetzstelle. (ca 4 h). Die Tour kann auch an der Liepe Brücke beendet werden. Wir bitten um Anmeldung unter 03344-333200!

Treff: 13.15 Uhr Kirche, Rondell, 16248 Liepe; Organisationsgebühr inkl. Führung und Kanumiete: 7 €, Kinder und NaturFreunde 3 €

BERND MÜLLER

Die NaturFreunde Deutschlands
Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V.
www.berg-frei.de

Tag der Befreiung



Eberswalde (bfg/prest-ew). Anlässlich der 67. Wiederkehr des Tages der Befreiung vom Faschismus laden die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde und die Stadt Eberswalde am Dienstag, dem 8. Mai, 17 Uhr, zu einer Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal an der Freienwalder Straße ein. Alle Bürgerinnen und Bürger sind dazu herzlich eingeladen.

Märchentage

Eberswalde (prest-ew). Vom 7. bis 11. Mai finden die Barnimer Märchentage statt. Dazu treffen sich Kinder aus Kitas der Stadt mit Märchenerzählern und Ehrenamtlichen der Initiative »Lesezauber« (LZ) in der Stadtbibliothek in der Rathauspassage.

Am 7. Mai, 10 Uhr, kommen zehn Kinder der Kita »Regenbogen« mit ihrer Lesezaubervorleserin Ingrid Behrndt. Am 8. Mai lauschen zwölf Kinder der Kita »Zaubernuß« ab 9.30 Uhr der LZ-Vorleserin Marion Boginski, die Märchen und Geschichten mitgebracht hat. Am 11. Mai nutzen um 9.30 Uhr die kleinen Bücherwürmer der Kita »Gestiefelter Kater« die Möglichkeit, Annerose Gilles vom LZ zuzuhören. Diese Kitas sind übrigens mittels einer Kooperation mit dem »Lesezauber« verbunden. Fünf Verträge dieser Art gibt es insgesamt zwischen Kitas und dem »LZ«. In ihnen wird wöchentlich vorgelesen, sie besuchen die Stadtbibliothek, werden begrüßt, es gibt ein Märchenquiz und anschließend natürlich ein Märchen – vorgetragen von den LZ-Vorlesern.

Am Samstag, dem 12. Mai 2012, dem Freiwillingentag in Eberswalde, wird der »Lesezauber« von 10-14 Uhr öffentlich allen interessierten Kindern vorlesen. In der Stadtbibliothek ist wie sonntags üblich geöffnet, außerdem gibt es die Aktion »staubfrei Lesen« über die Freiwilligen Agentur.

Unabhängig vom »Lesezauber« kommt am 9. Mai, dem Tag der Kinderliteratur, die Kita »Sputnik« mit 30 Kindern. Karin Elias, Märchenerzählerin aus Berlin, lädt ein in die Welt der Fantasie und der Träume.

»Wir freuen uns auf zahlreiche Nachwuchsleser, die die Welt der Bücher bei uns für sich entdecken«, sagt Bibliotheksleiterin Sabine Bolte. »Rufen Sie uns an: Telefon 64 420.«

Jazz in E.

Der Eintrittskartenvorverkauf läuft. Auch wieder erhältlich: Der Festivalpaß! Jedenfalls schon von heute aus eine herzliche Einladung zu vier Tagen aktueller Musik in Eberswalde.

Lassen Sie sich ein auf ein musikalisches Abenteuer und vielleicht erreichen wir einen Zustand höchster Konzentration...

Denn nach »Volksmusik« 2010 und »Tanzmusik« 2011 heißt es in diesem Jahr vom 16. bis 19. Mai 2012 bei Jazz in E. Nr. 18: »Trance«.

Weitere Informationen gibt es im Internet (www.mescal.de, www.facebook.com/jazzine).

UDO MUSZYNSKI

Das Programm im Überblick:

jazz in e. no. 18 – ein festival aktueller musik – trance

Mittwoch, 16. Mai, 20 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus
Festivaleröffnung: Heinz Sauer & Bob Degen

Himmelfahrt, Donnerstag, 17. Mai, 20 Uhr
Henrik Walsdorff / Karl Lippegau Live-Radio-Feature »Trane/Trance« /
Filme: »Null Sonne No Point« + »Brother Yusef«

Freitag, 18. Mai, 20 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus Meyer-Baumgärtner-Meyer / Jan Bang & Marilyn Mazur / Holger Lippmann

Sonnabend, 19. Mai, 10.30 Uhr, Marktplatz Eberswalde
Guten-Morgen-Eberswalde CCLIV. Kaffeehaus GUSTAV präsentiert »Die lange Eberswalder Frühstückstafel«, Live: Heliocentric Conterblast »A Tribute to Sun Ra«

Sonnabend, 19. Mai, 20 Uhr, Paul-Wunderlich-Haus
Dell-Lillinger-Westergaard feat. John Tchicai / Jan Galega Brönnimanns »Brink Man Ship«

Veranstalter von Jazz in E. ist der Begegnungszentrum Wege zur Gewaltfreiheit e.V.

Eine traurige Nachricht erreichte uns.

Kurt Gempin

verstarb am 31. März 2012 im Alter von 81 Jahren.

Viele Jahre lang hatte er die »Barnimer Bürgerpost« mit seinen Beiträgen bereichert. Die »Geschichten aus der Eberswalder Badeanstalt«, die Fahrschul-Erlebnisse, seine Erinnerungen an die schwere Zeit um 1945, die er als Kind und Jugendlicher erlebte, und seine von tiefem Humanismus und Heimatliebe inspirierten Gedichte sind sicherlich vielen Leserinnen und Lesern der »Barnimer Bürgerpost« noch in Erinnerung. Mit »Lichter aus dem Dunkel« legte er auch sein eigenes Buch mit »Eberswalder Geschichten und Gedichten« der Öffentlichkeit vor.

Die nachlassende Gesundheit schränkte seine literarischen Aktivitäten zunehmend ein. Das letzte Lebensjahr verbrachte Kurt Gempin im Pflegeheim »Freudenquell«. Seine Freundlichkeit strahlte bis zuletzt.

So wird er für immer in unserer Erinnerung bleiben.

Dr. MANFRED PFAFF, Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.
GERD MARKMANN, Redakteur der »Barnimer Bürgerpost«

Diskussionsveranstaltung

der Gruppe Arbeitermacht zu Thema:
Bildung im Kapitalismus

1. Bericht eines Aktivisten des bundesweiten Bildungsstreiks
2. Bildungssituation in Brandenburg
3. Angriffe und Reformen im Bildungsbereich

Wann? 9. Mai, 18 Uhr

**Wo? Gaststätte »Mundtshof«
(Schicklerstr.) / Eberswalde**

Gruppe Arbeitermacht

Redaktionsschluß vorgezogen

Bitte um Beachtung, daß die Juni-Ausgabe der »Barnimer Bürgerpost« aus wichtigen organisatorischen Gründen (Pfingsturlaub) bereits am 22. Mai erscheinen wird, also 1 Woche vor dem normalen Termin. Redaktionsschluß ist dementsprechend bereits am 17. Mai.

GERD MARKMANN, Redakteur

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

telex: (0 18 05) 22 10 40 973

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: [http://de.groups.yahoo.com/
group/bbp-forum/](http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Hickel (3), Lindner,
Markmann (4), ver.di UM/BAR

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 26. April 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 17.5.2012, 12 Uhr.